

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

6. Jahrgang Nr. 2 - April 1980

Nachrichten und Informationen: Bundesverdienstkreuz für Prof. Treue - 8. Doktoranden-Kolloquium in Grünberg/Hessen am 2./3. Mai 1980 - 11. Jahrestagung am 12./13. September 1980 in Hamburg - Quellen zur niederländischen Rundfunkgeschichte im Zweiten Weltkrieg - Neue Zeitschrift für Massenkommunikation und Geschichte - Jahres- tagung des Deutschen Rundfunkmuseums	Seite 91
Schwarzes Brett: DIE NEUE - Rundfunk- geschichte - Deutschsprachige Programme des französischen Rundfunks - zwei Jubi- läen 1980? - Herbert ("Zeppo") Marx (1901-1979) - Fulton John Sheen (1895-1979) - Richard Rodgers (1902-1979) - An die Redak- tion der MITTEILUNGEN	Seite 94
Josef Hackforth: Neue Kommunikationstechno- logien - neue Formen der Kommunikation? Oder: Kommunikation als gesellschaftliche Therapie	Seite 99
Wolfgang Tinnefeldt: Programm und politi- sche Kontrolle - Zur Funktion der Medien- referate in den Rundfunkanstalten	Seite 112
Ein heimlicher Geburtstag: 30 Jahre U.E.R. - E.B.U.	Seite 120
Regionalgruppe Mainz/Wiesbaden Ein Erfahrungsbericht	Seite 121
Bibliographie: Zeitschriftenlese 15 (1.1.-31.3.1980 und Nachträge)	Seite 123
Besprechungen: Symposium Musik und Massenmedien	Seite 127

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

Dem Vorsitzenden des Studienkreises, Prof. Dr. Wilhelm Treue, Göttingen, ist vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen worden. Die Auszeichnung wurde ihm am 10. April 1980 durch den Regierungspräsidenten von Braunschweig, Joachim Passow, in Göttingen überreicht.

Das 8. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises findet nun endgültig am 2. und 3. Mai 1980 in der Landessportschule Grünberg/Hessen statt. Die Teilnehmer, die sich schriftlich an den Vorstand gewandt haben, sind über Programm und Einzelheiten brieflich direkt unterrichtet worden. Die Leitung des 8. Doktoranden-Kolloquiums hat Dr. Klaus Wehmeier, Münster. Für die MITTEILUNGEN Nr. 3 (Juli 1980) ist ein zusammenfassender Bericht vorgesehen.

Die 11. Jahrestagung des Studienkreises findet am 12. und 13. September 1980 in Hamburg statt. Das Generalthema der Referate und einer Podiumsdiskussion lautet "Rundfunkkontrolle in Geschichte und Gegenwart". Wie in den letzten Jahren steht am Beginn des Programms ein "Kamingespräch" am Vorabend, dem 11. September, im Funkhaus des NDR, Rothenbaumchaussee. Tagungsort am 12. und 13. September ist ein Saal im Kongreßzentrum am Dammtor-Bahnhof. Das endgültige Programm der Jahrestagung 1980 wird in den MITTEILUNGEN Nr. 3 (Juli 1980) veröffentlicht.

+ + +

Quellen zur niederländischen Rundfunkgeschichte im Zweiten Weltkrieg

Vierzig Jahre, so rechnete man im Jahre 1945 bei der Gründung des niederländischen Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie (Reichsinstitut für Kriegsdokumentation) in Amsterdam, würden genügen, um die Geschichte der Niederlande im Zweiten Weltkrieg aufzuarbeiten. 1985 sollte das Institut aufgelöst, seine Sammlungen dem Staatsarchiv und der Staatsbibliothek überstellt werden. Doch bereits im August 1978 beschloß das niederländische Kabinett auf

Antrag des Ministers für Erziehung und Wissenschaft - ihm untersteht das Institut -, noch keinen Termin zur Schließung der Dokumentationsstelle zu bestimmen; angesichts der wichtigen Aufgaben des Instituts, so hieß es, sollten seine Sammel- und Forschungsarbeiten auch über das Jahr 1985 hinaus fortgesetzt werden. Aus einem kürzlich veröffentlichten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Dokumentationsstelle auch über wichtige Bestände zur Kommunikationsgeschichte der Niederlande im Zweiten Weltkrieg verfügt, darunter Akten des Departement van Volksvoorlichting en Kunsten (Ministerium für Volksaufklärung und Kunst), dem als Propagandaministerium die Aufsicht über die Medien zustand, ferner die Akten des "Rijksradio Omroep de Nederlandsche Omroep (RONO)", des niederländischen Rundfunks unter deutscher Besatzungsaufsicht, einschließlich Sendemanuskripte aus den Jahren 1940 bis 1945. Beim Aktenbestand der niederländischen Exilregierung London befindet sich außerdem eine vollständige Reihe der Sendemanuskripte von "Radio Oranje", eines in Zusammenarbeit mit der BBC unter Verantwortung der niederländischen Exilregierung seit Juli 1940 verbreiteten niederländischen Programms, das besonders die Widerstandsbewegung unterstützen sollte. In der besonderen indonesischen Sammlung wird eine Reihe von Sendemanuskripten und Abhörberichten der "Nederlandsch Indische Radio Omroep Maatschappij (NIROM)", des Rundfunkbetriebs im damaligen Niederländisch Indien, heute Indonesien, aufbewahrt.

WBL

Neue Zeitschrift für Massenkommunikation und Geschichte

Die 1977 gegründete "Internationale Gesellschaft für Audiovisuelle Medien in der historischen Forschung und Lehre" (IAMHIST) hat auf ihrer Jahrestagung 1979 in Amersfoort/Niederlande die Herausgabe einer neuen Zeitschrift beschlossen, die vom Frühjahr 1981 an zweimal jährlich unter dem Titel "The Historical Journal of Film, Radio and Television" erscheinen soll. Die Zeitschrift ist interdisziplinär konzipiert; erwartet werden von historischem Erkenntnisinteresse geleitete Beiträge über die Wechselwirkungen zwischen Phänomenen der Massenkommunikation und der sozialen und politischen Geschichte im 19. und vor allem im 20. Jahrhundert. Breiten Raum soll die Vorstellung von Quellenüberlieferungen aus der Produktion von Rundfunkanstalten einnehmen, um kritisch auf deren Auswertungsmöglichkeiten hinzuweisen und die Nutzung audiovisueller Überlieferungen für Forschung und Lehre anzuregen. Die Zeitschrift wird herausgegeben von Dr. K.R.M. Short (Westminster College, North Hinksey, Oxford, OX 2 9 AT, England). Als Mitglied des Editorial Board zeichnen u.a. D. Culbert, C. Coultass, J. Joll, D. Leab, A. Marwick, P. Smith, aus der Bundesrepublik Deutschland W. van Kampen und F.P. Kahlenberg. Vorbestellungen zum Subskriptions-

preis von 18 £ jährlich werden an den Verlag erbeten: Carfax Publishing Company, Hadden House/Dorchester-On-Thamse/Oxford, OX 9 8 JZ/England.

FPK

Jahrestagung des Deutschen Rundfunkmuseums

Die 20. Mitgliederversammlung des Vereins Deutsches Rundfunkmuseum in Berlin am 4. Februar 1980 war geprägt von der Diskussion um die Zukunft und das Schicksal des Museums. Zunächst einmal aber galt es, die notwendigen Regularien abzuwickeln, bei denen der bisherige Vorstand, an der Spitze Joachim Korn, für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt wurde; die Wiederwahl kann als ein Zeichen des Vertrauens in die Arbeit der vergangenen Jahre gewertet werden, aber auch als ein Zeichen der Hoffnung in Bezug auf die schwierigen Zukunftsaufgaben, die die eigentliche Existenz des Museums betreffen, verstanden werden.

Die Bilanz des Geschäftsführers Ulrich Thiele dokumentierte ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr: 1979 zählte das Museum mehr als 100.000 Besucher; mehrere Sonderausstellungen, darunter die eindrucksvolle Schau "Hörfunk im Zeichen des Fernsehens" (verantwortlich Frau Dr. Riedel), Veranstaltungen im Rahmen der Funkausstellung wie z.B. die "Weißbierstunde unter dem Funkturm" mit Jochen Richert sowie die Fernsehserie "Standort Funkturm" und anderes mehr belegen in eindrucksvoller Weise die Öffentlichkeitsarbeit des Museums sowie die Ausnutzung der Möglichkeiten, die die Verbindung zum Sender Freies Berlin und zur Funkausstellung bieten.

Dennoch kann die erfolgreiche Bilanz des Vorjahres nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Fortbestand des Rundfunkmuseums in der bisherigen Form zumindest in Frage gestellt ist. Die Bestrebungen bestimmter Kreise der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten, das Deutsche Rundfunkmuseum in ein noch zu errichtendes zentrales Bau- und Verkehrsmuseum zu integrieren, treffen auf den entschiedenen Widerstand des Vereins, der bereits im Vorjahr eine entsprechende Resolution gefaßt hat. Hauptargumente für die Beibehaltung des Museums in der bisherigen Form sind einmal die unmittelbare Nachbarschaft zum Funkturmgelände als einem historischen Ort für die Entwicklung des Rundfunks in Deutschland, zum anderen aber auch die Nähe zum Sender Freies Berlin sowie die Einbeziehung in das Berliner Ausstellungs- und Messegelände, für dessen Besucher das Museum eine Attraktion darstellt. Dabei darf nicht verkannt werden, daß das DRM nur durch die Zuschüsse des Berliner Senats lebensfähig bleibt. Der Appell der Mitgliederversammlung richtet sich daher auch in erster Linie an den Senat der Stadt Berlin, der die notwendigen Zuschüsse zur Erhaltung der Einrichtung in der bisherigen Form bereitstellen soll; aber auch die Mitglieder selbst sind aufgerufen, zur finanziellen Sanierung des Deutschen Rundfunkmuseums ihren Beitrag zu leisten. Dies gilt vor allem

für die Rundfunkanstalten, von deren Seite ein ursächliches Interesse am Fortbestand dieser Einrichtung erwartet wird. Die Rundfunkanstalten sollen darüber hinaus auf dem Wege über die Technische Kommission von ARD und ZDF angesprochen werden, dem Museum durch die Verfügbarmachung von Altgeräten aus dem Bereich der Studio- und Sendetechnik des Fernsehens eine kontinuierliche Sammlung der rundfunk- und fernsehtechnischen Geräte kostengünstig zu ermöglichen, bleiben doch nur mehr fünf Jahre, die uns vom 50. Jahrestag der Gründung des Fernsehens in Deutschland trennen.

Heiner Schmitt

SCHWARZES BRETT -----

DIE NEUE - Rundfunkgeschichte

"Der Rundfunk begann in Deutschland als kapitalistisches Dienstleistungsunternehmen. ... Wenn eine halb staatliche, halb private Gesellschaft den Rundfunk ausgerechnet in diesem Jahr (1923) startete, so ist dies wohl kaum nur auf Gewinn-Interessen zurückzuführen. Sicher, die Inflation erleichterte den Unternehmern ihre Investitionsentscheidungen und machte so das Projekt Rundfunk möglich. Hauptgrund für die Aufnahme eines regelmäßigen Sendebetriebs war jedoch die Erkenntnis, daß der Rundfunk sich als Instrument zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eignete. ... Das alte deutsche Märchen vom neutralen Staat, der über den parteilichen Niederungen steht, bestimmte durchgängig das Selbstverständnis des deutschen Rundfunks. 1926 gab es rund 200 regierungsamtliche Zensoren. Der völlig politikfreie, nur durch ein paar staaterhaltene (!) Reden der jeweiligen Kanzler und Kabinettsmitglieder gewürzte Rundfunk hatte sich also als ebenso undurchführbar wie langweilig erwiesen. Unter dem Deckmantel von Kultur und Wissenschaft begann man vorsichtig auch Politisches der Hörergemeinde zu servieren. Daß jedoch nicht jeder seine Ideen ungeprüft verbreiten konnte, war klar."

Ilona-Melanie Wuschig: Wer die politische Macht hatte, hatte auch beim Rundfunk das Sagen. In: Die Neue (Berlin), 2. Jg. Nr. 24 (218) v. 5. Februar 1980, S. 7

Deutschsprachige Programme des französischen Rundfunks - zwei Jubiläen 1980?

Der Auslandsdienst des französischen Rundfunks feierte am 11. Januar 1980 mit drei besonderen Jubiläumsprogrammen den 35. Geburtstag seiner deutschsprachigen Sendungen. "Radio France", die durch das Rundfunkgesetz vom 7. August 1974 errichtete, staatsmittelbare Hörfunkgesellschaft, betreibt seit 1975 neben den Inlanddiensten auch die Auslandsdienste. Mit dem Jahrestag stellt sich diese Gesellschaft allerdings in eine rundfunkgeschichtlich etwas bizarre Tradition. Zweifellos können auch Argumente für einen 50. Geburtstag vorgebracht werden, denn am 11. November

1930 wurde der Sender der "Association Radio Strasbourg PTT" eröffnet, den die französische Regierung aus elsasspolitischen Gründen hatte errichten lassen und der - selbstverständlich - deutschsprachige Programme verbreitete, seit 1932 sogar regelmäßig. Im Zusammenhang mit der in das Rundfunkgesetz vom 28. Juli 1939 einmündenden Reform des französischen Rundfunks entstand nicht nur die staatliche Rundfunkanstalt "Radiodiffusion Nationale", sondern auch ein besonderer Apparat für die Auslandsdienste, die "Direction à l'Action Extérieure et à la Coopération (DAEC)". Während des Zweiten Weltkriegs unter der deutschen Besatzung kam es zu weiteren Umorganisationen durch die Rundfunkgesetze vom 1. Oktober 1941 und vom 7. November 1942. Ein Teil der Rundfunkbetriebe wurde der Gruppe der "Deutschen Europasender" zugeteilt und verbreitete unter der Verwaltung der Auslandsabteilung der "Reichs-Rundfunk-Gesellschaft" auch deutschsprachige Programme. Die verbliebenen privaten Rundfunkgesellschaften und die staatliche Radiodiffusion Nationale, seit 1944 "Radiodiffusion et Télévision Nationales (RTN)", standen unter deutscher Besatzungsaufsicht. RTN verbreitete auch weiterhin einen eigenen Auslandsdienst unter den Signeten "La Voix des France" und "La France Fidèle".

Nach der Befreiung waren durch die Verordnung über die Wiedererrichtung republikanischer Rechtstaatlichkeit vom 9. August 1944 die Rundfunkgesetze von 1941 und 1942 zunächst aufgehoben, dann aber als vorläufige Grundlage für den Wiederaufbau des Rundfunks noch einmal in Kraft gesetzt worden. Unter diesen vorläufigen rechtlichen Betriebsbedingungen nahm RTN vor 35 Jahren wieder deutschsprachige Programme in ihren Sendeplan auf, - noch vor Kriegsende. Mitarbeiter waren ehemalige Widerstandskämpfer, Insassen von Konzentrationslagern und Emigranten. Die Programme wurden als "Sendungen ganz besonderer Art" umschrieben, die der "Verminderung der Dauer der Kampfhandlungen und der Zahl der Opfer" dienen sollten, wie es in einer Erklärung von "Radio France" zum 11. Januar 1980 heißt. Erst durch das Rundfunkgesetz vom 23. März 1945 wurde die "Radiodiffusion Française" errichtet, als erste Nachkriegsvorläuferin der heutigen "Télédiffusion Française (TDF)", unter deren Verwaltungsdach die Hörfunkgesellschaft "Radio France" arbeitet; diese hatte übrigens bei ihrer Gründung auch die Auslandsdienste von der DAEC übernommen, die zum 31. Dezember 1974 aufgelöst worden ist.

WBL

Herbert ("Zeppo") Marx (1901 - 1979)

Der jüngste der fünf Marx-Brüder überlebte sie alle: Am 29. November 1979, von der deutschen Presse fast unbemerkt, ist Herbert ("Zeppo") Marx in Palm Springs (Kalifornien) im Alter von 79 Jahren gestorben. Damit ist das letzte Mitglied der legendären Komödianten-Truppe von der Variété-Bühne abgetreten. Aber die Schau kann weitergehen. Ihre Filme sind Klassiker geworden, und sie werden immer wieder auf der Leinwand, vor allem aber auf dem Bildschirm zu sehen sein.

Die Eltern waren Einwanderer. Der Vater, Samuel Marks - wie er sich ursprünglich schrieb - war von Beruf Schneider und um 1870 aus dem Elsaß in die Vereinigten Staaten ausgewandert, um der Einberufung in den deutsch-französischen Krieg zu entgehen. Die

Mutter, Minna (Minnie) Schönberg, stammte aus Norddeutschland; sie sprach Plattdeutsch. Sam und Minnie trafen sich um 1890 in New York und heirateten. Die nach allen Zeugnissen sehr selbstbewußte Mutter hatte auch die Idee einer Familientruppe mit Musiknummern im Variété. Bis 1914 hatte sie, unter dem Namen Minnie Palmer gleichzeitig die Agentin ihrer Söhne, ihre Ältesten in einer Nummer zusammen: Leonhard ("Chico", 1891-1961), Adolph, später Arthur ("Harpo", 1893-1964), Julius Henry ("Groucho", 1895-1977), Milton ("Gummo", 1897-1977). Als der Familienrat beschlossen hatte, daß Milton dem Einberufungsbefehl folgen sollte, holte Mutter Minnie ihren jüngsten Sohn Herbert ("Zeppo"), geb. am 25. Februar 1901 in New York, aus der Automechanikerlehre bei Ford heraus, um die Familientruppe "The Four Marx Bros." komplett über den Ersten Weltkrieg zu retten. Zeppo kam als unfreiwilliger Lückenbüßer zur Spaßmachertruppe, doch er blieb auch dabei, als die ersten Filme gedreht wurden: "The Cocoanuts" (1929), "Animal Crackers" (1930), "Monkey Business" (1931), "Horse Feathers" (1932) und "Duck Soup" (1933). Nach diesem Film hatte Zeppo genug; er verließ die Truppe und eröffnete eine Besetzungsagentur, an der zeitweise auch sein Bruder Milton beteiligt war. Später versuchte er sich als Fabrikant und stellte Kupplungen her. Schließlich betrieb er ein Bekleidungsunternehmen. Zeppo war der Außenseiter der Familie, und seine Brüder hatten es ihn spüren lassen.

WBL

Fulton John Sheen (1895 - 1979)

Journalisten wählten ihn 1953 mit dem Emmy-Preis zum "Fernsehmännchen des Jahres". Seine wöchentliche Sendereihe "Life is worth living" (dienstags 20.00 Uhr), die er stereotyp mit dem Gruß "God love you!" schloß, hatte zeitweise 20 Millionen Zuschauer zur besten Sendezeit im Wettbewerb mit Shows von Milton Berle und Frank Sinatra auf den Nachbarkanälen. Die Fernsehgesellschaft Du Mont Television - sie bestand nur von 1950 bis 1955 als viertes, landesweites Netz, hatte ihn als publikumswirksamen Sprecher für ihr Predigtprogramm gewonnen, den katholischen Bischof Fulton J. Sheen.

Geboren am 8. Mai 1895 in El Paso bei Peoria im Bundesstaat Illinois, wurde er 1919 zum Priester geweiht, studierte seit 1920 und lehrte von 1926 bis 1950 an der Catholic University of America in Washington, D.C. Er promovierte 1923 an der belgischen Universität Löwen in Philosophie, 1924 an der Universität Rom zum Doktor der Theologie und 1929 an der Loyola-Universität Chicago in Kirchenrecht. Den Weg zum Rundfunk fand er 1930, als ihm die National Broadcasting Company (NBC) ein regelmäßiges Programm ("The Catholic Hour") einrichtete, das 22 Jahre, bis 1952, lief und ihm den Beinamen "The Microphone of God" einbrachte. 1950 ernannte ihn die Kurie zum Leiter des amerikanischen Missionsbezirks der Kongregation für die Glaubensverbreitung, 1951 zum Weihbischof der Diözese New York. Sein Verhältnis zu Francis Kardinal Spellman von New York soll nicht ohne Spannungen gewesen sein, vor allem wegen seiner publizistischen Aktivität als Rundfunkprediger, Zeitungskolumnist, Redakteur der Zeitschrift "Mission and World Mission" und als Buchautor; zwischen 1925 und 1974 erschienen mehr als 50 Titel. Von 1952 bis 1957 lief seine Fernsehreihe, seit 1955 bei ABC. Unter deren Titel "Life is worth living" erschienen zwischen 1953 und 1957 seine gesammelten Pre-

digttexte in 5 Bänden; noch 1965 kam ein Schallplattenalbum heraus.

Bekannt wurde der Fernsehbischof nicht zuletzt durch seine außergewöhnlichen rhetorischen Fähigkeiten und seine imposante Erscheinung auf dem Bildschirm mit wirksam ausgewählten Pontificalien: violetter Umhang (Cappa), schweres Brustkreuz (Pectorale) und der Kalotte (Pileolus) als Kopfbedeckung. Zahlreiche Bekehrungen werden seinen Hörfunk- und Fernsehpredigten zugeschrieben; zu seinen prominentesten Konvertiten gehörten der Geiger und Komponist Fritz Kreisler (1875-1962), der kommunistische Publizist und Redakteur des "Daily Worker" Louis Francis Budenz (1891-1971), der Publizist Heywood Hale Broun, die Publizistin - und Frau des Time-Verlegers, Claire Boothe-Luce, die von 1953 bis 1957 die Vereinigten Staaten als Botschafterin beim Hl. Stuhl vertrat.

1966 wurde Sheen zum Bischof von Rochester ernannt und setzte sich, zur Überraschung seiner Freunde und Verehrer, für die Bürgerrechtsbewegung und die Beendigung des Vietnamkrieges ein. Als Titularerzbischof von Newport/Wales trat er 1969 in den Ruhestand. Am 9. Dezember 1979 starb Erzbischof Sheen in New York an einem Herzleiden.

Die Fernsehauftritte des katholischen Bischofs in den fünfziger Jahren trugen in den Vereinigten Staaten zur Entspannung des Verhältnisses zwischen der katholischen Kirche und den übrigen großen Glaubensgemeinschaften vor der Ära Kennedy bei. In Europa waren sie nicht ohne Einfluß auf die Einstellung der katholischen Kirche zu dem damals neuen Medium Fernsehen.

Winfried B. Lerg

Richard Rodgers (1902-1979)

Ohne ihn sind sie alle aufgeschmissen, - die Musikteppichleger, die Magazinmoderatoren, die Hörerwunscheinspieler, die unermüdenlichen Nachtversorger auf allen Hörfrequenzen. Doch erst des Broadways liebstes Kind, das Musiktheater (Musical), kommt ohne "Oklahoma!", "Carousel", "The King and I", "South Pacific", "The Trapp Family" nicht mehr aus, - auch und gerade auf dem Bildschirm. Am 28. Juni 1902 in New York als Enkel russischer Einwanderer und Arztsohn geboren, verkaufte Richard Rodgers 1924 seine erste Melodie, die ein Erfolg werden sollte: "Manhattan". Wenn der Text stimmt, so seine Redensart, dann falle es ihm leichter, eine Melodie zu schreiben, als sich zum Schuhe schnüren zu bücken. Mit zwei Textern vor allem arbeitete er mehr als dreißig Jahre zusammen, seit 1919 mit Lorenz Hart (geb. am 2. Mai 1895 in New York, gest. am 22. November 1943 ebenda), seit 1942 mit Oscar Hammerstein (geb. am 12. Juli 1895 in New York, gest. am 23. August 1960 in Doylestown/Pennsylvania). Rodgers komponierte rd. 1500 Lieder, 85 davon wurden zu Schlagnern. Er wirkte mit bei ungefähr 40 Broadway-Musicals; zehn seiner Musicals kamen in London zuerst auf die Bühne, zehn wurden verfilmt, zwei schrieb er fürs Fernsehen. Für zwei Fernseh-dokumentationsreihen schrieb er die Begleitmusik: "Victory at Sea" (1952) und "Winston Churchill - The Valiant Years" (1960). Auch ein Ballet gehört zu seinem musikalischen Opus. Im Jahre 1975 erschien seine Autobiographie unter dem Titel: "Musical Stages" (New York 1975: Random House). Am 30. Dezember 1979

starb Richard Rogers in New York an Herzversagen im Alter von 77 Jahren.

WBL

An die Redaktion der MITTEILUNGEN

Lieber Herr Professor Lerg, Sie haben die Mitteilungen des Studienkreises für Rundfunk und Geschichte (Nr. 1 - Januar 1980) als Forum gewählt, Kritik zu üben an der vom SFB herausgegebenen Broschüre zum 100. Geburtstag Hans Bredows, die hauptsächlich aus Faksimiles einzelner Dokumente des im Deutschen Rundfunkarchiv vom Historischen Archiv der ARD betreuten Bredow-Nachlasses besteht. Soweit Ihre Kritik sich auf Inhalt und Machart der Broschüre bezieht, wenden Sie sich zu Recht an Professor Kabel als denjenigen, der die Dokumente ausgewählt und erläutert hat. Ihre resümierend zum Ausdruck gebrachte Kritik jedoch, der Bredow-Nachlaß könne im Deutschen Rundfunkarchiv zum "Selbstbedienungsantiquariat verkommen", zielt auf uns ab, und wir fühlen uns verpflichtet, darauf entsprechend zu reagieren. Das Historische Archiv der ARD steht selbstverständlich niemanden zur "Selbstbedienung" einfach so zur Verfügung, und es gibt auch keinerlei Anzeichen für eine Tendenz, etwa den Bredow-Nachlaß dahin oder zum Antiquariat, in dem man Wohlfeiles verscherbelt, "verkommen" zu lassen. Wie in allen Archiven üblich, so verfügt auch das Historische Archiv der ARD über eine "Benutzerordnung", die gemäß der Verfassung des DRA außer für wissenschaftliche Arbeiten und für die Mitarbeiter in den Rundfunkanstalten, wenn auch in beschränktem Maße, eine Benutzung unserer Bestände auch für publizistische Zwecke erlaubt. Wir nehmen nicht an, daß Sie, sehr geehrter Herr Professor Lerg, der Meinung sind, wir sollten uns die Arbeiten unserer "Benutzer" vor Fertigstellung oder Veröffentlichung zur Kontrolle vorlegen lassen und also so etwas wie eine "Zensur" ausüben; wir meinen, gewiß in Übereinstimmung mit Ihnen, daß der Rundfunk auch in dieser Hinsicht wohl besser ohne Zensur auskommt.

Frankfurt am Main, im März 1980

Trude Pfeiffer

Josef Hackforth
NEUE KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN - NEUE FORMEN DER KOMMUNIKATION?
ODER: KOMMUNIKATION ALS GESELLSCHAFTLICHE THERAPIE

Habilitationsvortrag vor dem Fachbereich 9 - Pädagogik/Soziologie/
Publizistik - der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
am 13. Februar 1980

Kommunikation mißlingt im allgemeinen, außer durch Zufall.

Osmo Wiio

Wissenschaftliche Prognosen über bislang in diesem Land nicht bekannte, jedoch real mögliche und wirkliche Sachverhalte im zukünftigen Kommunikationssystem sollten eine historische, eine aktuelle und eine futurologische Basis haben. Gesellschaftliche Randbedingungen sind bei dieser Vorausschau ebenso mitzubersichtigen wie die rechtlichen, organisatorischen und ökonomischen Anfangsbedingungen. Trotz dieser enormen Schwierigkeiten hat die Publizistik und Kommunikationswissenschaft ihrerseits ein fachbezogenes Erkenntnisinteresse an den individuellen und sozialen Auswirkungen neuer Formen der medialen Kommunikation auf nahezu sämtliche Lebensbereiche sowie an der Überprüfung der verfassungsgemäßen Funktionserfüllung der Medien in dieser Gesellschaft.

Je komplexer der Sachverhalt, je länger der Prognosezeitraum, je größer die Zahl der Akteure ist und je weniger analogiefähiger Erfahrungen vorliegen, um so geringer die Treffsicherheit einer Prognose; also der prognostische Wert solcher Verfahren.

Wissenschaftliche Prognosen orientieren sich an den Möglichkeiten in Form einer explorativen Vorausschau und den Zielvorstellungen in Form einer normativen Vorausschau; zusätzlich kommen im Einzelfall intuitive und mathematische Prognosetechniken (Sachinformation und Erfahrung - Trendextrapolation und Trendkorrelation) hinzu. Angewendet auf die Frage nach den neuen Formen der Kommunikation bedeutet dies sowohl eine Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten als auch der kommunikationsrechtlichen und rezipientenorientierten Zielvorstellungen.

Die Zukunftsplanung und Prognostik - das zeigt die Recherche in der Fachliteratur - erfährt periodisch jedes Jahrzehnt eine verstärkte wissenschaftliche Aufmerksamkeit. Während die siebziger Jahre weitgehend durch die Information und Diskussion über die neuen Kommunikationstechnologien geprägt waren, müssen zu Beginn der achtziger Jahre Regierungen und Länderparlamente medienpolitische Entscheidungen darüber treffen, wie die zukünftige Kommunikationsstruktur globalgesteuert werden soll. Dieser Notwendigkeit sind sich Politiker nun endlich bewußt, wenn sie davon ausgehen, "daß der Stellenwert der Medienpolitik im Rahmen

der Gesamtpolitik weiter wachsen wird" 1).

Ob wir heute für die Zukunft die Vision einer interaktiven Mediengesellschaft eher für möglich halten müssen oder entgegengesetzt einer isoliert-rezeptiven Medienkonsumgesellschaft, soll im Folgenden unter bestimmten angenommenen Randbedingungen aufgrund empirischer und theoretischer Erkenntnisse und normativer Vorstellungen geprüft werden. Kommunikation als sozial privilegiertes Rechtsgut hat verschiedene Dimensionen. Zugunsten der gesellschafts-politischen Auswirkungen sollen rechtliche, technische, organisatorische und ökonomische Probleme und Fragen weitgehend ausgeklammert werden, wiewohl diese Aspekte einen gewichtigen Anteil an der Gesamtproblematik haben.

"Szenario 2000"

Hochentwickelte Industriegesellschaften befinden sich auf dem Weg über die Dienstleistungsgesellschaft zur Informationsgesellschaft. Ein reduziertes wirtschaftliches Wachstum verbunden mit einer Sockel-Arbeitslosigkeit, Energie und Umweltproblemen, einer höheren Inflationsrate und finanziellen Disparitäten, Minderheitenproblemen und alternativen Kulturen sowie einer Stagnation im Bildungssektor sind zu erwarten.

Das Kommunikationssystem zeichnet einen hohen Sättigungsgrad aus, es ist in weiten Bereichen massenmedial saturiert, in Einzelfällen wird bereits von einer Fernsehämie gesprochen 2). Diese Einschätzung gilt im Bereich der Herstellung - Geräte- und Auflagenzahlen - ebenso wie im Sektor der Annahme - Medien-nutzung und Medienaufwendung - 3). Während Publikumsmedien keine nennenswerte Expansion erfahren werden, können nur noch Zielgruppenmedien mit eben dieser Entwicklung rechnen. Kommunikation tendiert zu Spezialisierung und Diversifizierung; Wissen wird zukünftig gezielter verteilt.

Die Printmedien entwickeln sich verstärkt zu Forumsmedien und "Nur-Lokalblättern"; die Funkmedien von Übermittlungs- oder Transmissionsmedien hin zu Vermittlungs- oder Kommunikationsmedien. Die AV-Medien (Speichermedien) erfahren mit Beginn dieses Jahrzehnts einen spektakulären Aufschwung, während die Situation beim Film von einer Konsolidierung geprägt ist. Das Buch gewinnt verstärkt Bedeutung als Ausbildungs- und fachliches Informationsmedium.

-
- 1) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (1978), Medienbericht, Bonn 1978, S. XXI.
 - 2) Vgl. die Daten zur Mediensituation in der Bundesrepublik, hrsg. von der Redaktion der Zeitschrift "Media Perspektiven", Frankfurt 1979, sowie einschlägig bekannte Nachschlagewerke und Medienstatistiken.
 - 3) Ebenda.

Das Verhältnis der Medien zueinander wird auch zukünftig von Komplementarität geprägt sein; die Abgrenzungen zwischen den Medien werden allerdings fließender. Zielgruppenorientierte Zeitschriften müssen stärker als bisher mit zielgruppenorientierten Rundfunkprogrammen konkurrieren; der lokale Kommunikationsmarkt wird von mehreren publizistischen Anbietern versorgt und umworben.

Das bisher in der Kommunikationsverfassung und durch zahlreiche richterliche Entscheidungen verankerte duale Mediensystem von privatrechtlich organisierten Printmedien und öffentlich-rechtlich organisierten Funkmedien wird durch die neuen Technologien in Frage gestellt. Obwohl durch die Erweiterung der Frequenzknappheit für die Rundfunkmedien kein Verfassungszwang zur Privatisierung besteht 4), wird eine solche Entwicklung nach vielen Fehlschlägen zukünftig sowohl in den geplanten Kabelpilotprojekten als auch in neuen Rundfunkstrukturen (NDR) Eingang finden.

Schließlich sind die kommunikativen Zielvorstellungen aus einer erweiterten Rechtsgrundlage zu ziehen, in der gründlicher als bisher Forderungen nach Bürgernähe, aktiver Teilnahme an Öffentlichkeit und politischer Teilhabe formuliert sein werden.

Dieses "Szenario 2000" muß den Hinweis enthalten, daß auch das zukünftige Kommunikationsverhalten auf das Verstehen der Welt (Information und Orientierung) und zum Zeitvertreib (Unterhaltung und Entspannung) 5) ausgerichtet sein wird und von der individuell zur Verfügung stehenden Zeit und dem finanziellen Budget direkt abhängig ist.

Jede Wissenschaft - gleichgültig ob den exakten oder unexakten zugerechnet - wird täglich mit der eigenen Unvollkommenheit konfrontiert. Die vorstehende Prognose kann durch unvorhergesehene kommunikationspolitische Entscheidungen sowie Krisen und Konflikte erheblich an der Wahrscheinlichkeit ihres realen Eintretens einbüßen.

Diffusionsforschung

Die Erkenntnisse der internationalen Diffusionsforschung bieten Erklärungen für sozialen Wandel an. Studien zur Diffusion von Innovationen und deren Bilanzierung haben drei allgemeine Ergebnisse erbracht:

1. Der Übernahme-Prozeß einer als subjektiv empfundenen Neuerung verläuft in unterschiedlichen Phasen von dem Gewährwerden über sich Interessieren zum Bewerten und dann weiter über das Versuchen hin zum Übernehmen.

4) Vgl. dazu etwa den Beitrag von Peter Lerche auf dem öffentlichen Hearing im Landtag Nordrhein-Westfalen am 16./17. Januar 1980.

5) Vgl. James A. Grunig: Time Budgets, Level of Involvement and Use of the Mass Media, in: Journalism Quarterly, Nr. 2/1979, S. 248-261.

2. Die subjektive und kollektive Relevanz von Innovationen wird bedingt durch die Vereinbarkeit mit Vorhandenem, die Gesamtheit aller Merkmale des Vorgangs, die Experimentiermöglichkeit, die Beobachtbarkeit und schließlich die ökonomischen Konsequenzen der Innovation.

3. Annahme oder Ablehnung wird von der Art der Neuerung bestimmt. Dabei muß eine wesentliche Unterscheidung in materielle und ideelle Neuerungen vorgenommen werden. Materielle Innovationen und deren Verbreitung, z.B. das Fernsehgerät, sind leichter erforschbar und werden insgesamt schneller übernommen. Ideelle Innovationen und deren Verbreitung, z.B. das Fernsehprogramm (über Koaxialkabel), sind ungleich komplexer wissenschaftlich zu erfassen. Diese Feststellung erklärt auch, weshalb den zahlreichen Studien über materielle Neuerungen eine so bescheidene Anzahl derer über ideelle Neuerungen gegenübersteht 6).

Die entwickelten Typologien von Innovatoren bis zu Nachzüglern und deren sozialdemographische Charakterisierung lassen sich kaum generalisieren und bieten auch im Hinblick auf die neuen Kommunikationsangebote wenig Hilfestellung.

Dennoch kann man für das angesprochene Problem möglicherweise eine nur zu gültige Prognose treffen. Die von der "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" 7), kurz KtK genannt, der Bundesregierung 1976 empfohlene Einrichtung von zwei bis vier Kabelpilotprojekten zur Ermittlung von Bedarf und Bedürfnissen an diesen Kommunikationsmöglichkeiten verhindert eine echte Diffusionsstudie über Akzeptanzverhalten sowie Verbreitung und verzerrt die soziale Situation. Die Kurzfristigkeit der Feldversuche (drei bis fünf Jahre) verhindert zudem eine reale Beobachtung der langfristigen Auswirkungen und Verbreitung. Nahezu 400 Millionen DM haben verschiedene Ministerien in die technische Entwicklung für Kabelprojekte zwischen 1977 und 1980 investiert; nahezu 400 Millionen DM werden die vier Modellversuche kosten. Wer kann, unter diesen gegebenen finanziellen Bedingungen und unter Berücksichtigung von kapitalen Einzelinteressen und einzelnen Kapitalinteressen sich noch einen Abbruch des Versuchs vorstellen und muß nicht die sprichwörtliche Eigendynamik technischer Systeme befürchten?

Die Medien einer Gesellschaft sind in den meisten Diffusionsstudien ein wesentlicher Faktor im Übernahmeprozess; die Medien selbst hingegen sind nur selten Untersuchungsobjekt in Diffusionsstudien. Die zur Diskussion stehenden Erweiterungen elektronischer Medien und Medieninhalte sind jedoch sowohl Untersuchungsobjekt als auch wieder wesentlicher Faktor im Übernahmeprozess. Es kommt weiter erschwerend hinzu, daß die neuen

6) Vgl. zur Diffusionsforschung: Peter Schmit (Hrsg.): Innovation. Diffusion von Neuerungen im sozialen Bereich, Hamburg 1976, bes. S. 7 ff., S. 355 ff.

7) Vgl. das Folgegutachten von Wolfgang Kaiser u.a.: Kabelkommunikation und Informationsvielfalt, München 1978.

Technologien für den Übernehmer neben einer materiellen Komponente (Zusatzgeräte, Folgekosten) eine ideelle Komponente (Nutzen und Gratifikation über Medieninhalte) haben. Dem ökonomischen Kosten-Nutzen-Prinzip muß ein psychologisches Belohnungsprinzip hinzugefügt werden.

Studien aus der Bundesrepublik 1955 (also drei Jahre nach dem offiziellen Beginn des deutschen Fernsehens), 1958, 1961, 1966/67 sowie aus Großbritannien 1958 über die Verbreitung und Akzeptanz des neuen Mediums Fernsehen lassen folgende Schlußfolgerungen zu 8):

1. Die Übernahme erfolgt schichtspezifisch zunächst in der Ober- bzw. Mittelschicht. Folgt man dem sozialen Schichtmodell, so ergibt sich heute der interessante Befund, daß untere Schichten die Innovation mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung annehmen, aber dann umso ausgedehnter nutzen. Das am häufigsten vorgetragene Motiv für die Anschaffung eines Fernsehers - und dies ist besonders wichtig für die neuen Technologien - ist das der Unterhaltung, Abwechslung und Entspannung, also eben nicht der Bildung, Belehrung oder Information.
2. Innerhalb einer Schicht gibt es frühe und späte Übernehmer, je nach individuellen Werthaltungen.
3. Ein Stadt-Land Gefälle zugunsten von Ballungsräumen zeichnet sich ab.
4. Konservativismus ist Indikator für eine erheblich verzögerte Übernahme oder rigorose Verweigerung (Nord-Süd Gefälle in der Bundesrepublik).

Diesen allgemeinen Schlußfolgerungen können noch einige konkret auf das Kommunikationsverhalten bezogene Erkenntnisse beigefügt werden:

5. Durch das Aufkommen eines neuen Mediums werden andere Medien in geringerem Maße genutzt, es findet eine Nutzungsverschiebung statt.
6. Neben der zunehmenden Häuslichkeit durch das neue Gerät sind reduzierte familiäre Interaktion sowie andere Primäraktivitäten zu befürchten. Plakativ wird diese Veränderung mit der zunehmenden Kontaktarmut und sozialer "Sprachlosigkeit" beschrieben.
7. Langfristig verschieben sich die Nutzungsquantitäten hin zu den älteren Mitbürgern und den Kindern, währenddessen Jugendliche ihre "Außer-Haus-Aktivitäten" wieder vergrößern.

8) Vgl. dazu folgende empirische Erhebungen: Das Fernsehen 1955 - Ergebnisse einer Umfrage, IfD - Allensbach, Nr. 551; Motive zur Anschaffung eines Fernsehgerätes. Ergebnisse vergleichende Repräsentativ-Umfragen, IfD - Allensbach 1958; Rundfunkhörer und Fernsehteilnehmer 1961/62, Band 1, Die großen Trendbewegungen, neue Lebensgewohnheiten, IfD - Allensbach 1962; Auswirkungen des Fernsehens in Deutschland. Lebensgewohnheiten, Interessen und Bild der Politik vor und nach der Anschaffung eines Fernsehgeräts, IfD - Allensbach 1968; Hilde Himmelweit u.a.: Television and the Child, London - New York 1958.

Das komplette technische Angebot an neuen Kommunikationsmöglichkeiten ist ungemein vielfältig und in seinen publizistischen Funktionen und sozialen Auswirkungen durchaus nicht einheitlich zu qualifizieren. Der irritierende und auch technisch nicht zutreffende Terminus von "Neuen Medien" suggeriert lediglich in allen Fällen eine Innovation. Die Vielfältigkeit verlangt eine Einzelprüfung nach verschiedenen Angebotsgruppen.

Bildschirmtext/Videotext

Diese beiden technischen Übermittlungssysteme fallen nicht unter die Bezeichnung "Kabelkommunikation", da sie bereits ohne einen solchen Leiter in den heutigen Fernsprech- und Fernsehanlagen mit Hilfe von Zusatzgeräten (Decoder/Modem) empfangen werden könnten. Beim Bildschirmtext - nach dem Fernmeldeanlagen-gesetz in alleiniger Trägerschaft der Deutschen Bundespost - werden gespeicherte Informationen aus allen Lebensbereichen angeboten und zum Abruf bereitgestellt. Diese Festbild-Informationen sollen vom 1. Juni 1980 an in einem Feldversuch in Düsseldorf/Neuss mit etwa 2000 angeschlossenen Privathaushalten und 1000 gewerblichen Anschlüssen (später auch in Berlin) beginnen. Obwohl der Gesetzgeber noch keine verbindlichen Beschlüsse gefaßt hat, haben nach Aussage der Bundespost bisher 395 Organisationen aus der Medienwirtschaft, dem Dienstleistungssektor und der Verwaltung Verträge über Informationsangebote abgeschlossen. Die technisch mögliche Anbieterzahl von 800 wird mühelos zu gewinnen sein 9).

Die Euphorie für den Bildschirmtext wird deutlich reduziert, wenn Investitions- und Folgekosten mitberücksichtigt werden, was in der öffentlichen Diskussion tatsächlich nicht geleistet wird. Der notwendige Decoder wird etwa 1.500 DM kosten, die Gebühren bei normalem Verbrauch etwa 20 DM monatlich sowie eine Anschlußmiete von 5 DM im Monat 10). Unter Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Medienbudgets ist die Einschätzung angebracht, daß private Haushalte nur in zweiter Linie Nutzer sein werden. Rechtlich hat sich für diese erweiterte Kommunikationstechnik die Meinung durchgesetzt, daß Bildschirmtext nicht unter den Rundfunkbegriff falle, mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen 11).

Die Diskussion über Videotext verläuft rechtlich und medienpolitisch bereits wesentlich brisanter und interessenbezogener. Im "Huckepackverfahren" wird die bei allen TV-Empfängern vorliegende sogenannte "Austastlücke" durch technische Veränderungen für Zusatzinformationen genutzt werden können. Dieses können programmbezogene, programmbegleitende und programmunterstützende oder aber auch allgemein aktuelle Inhalte sein. Zeitungs- und

9) Vgl. Münstersche Zeitung vom 31. Januar 1980.

10) Vgl. epd - Kirche und Rundfunk, Heft 5/1980, S. 1 f.

11) Vgl. die Diskussionsbeiträge auf dem öffentlichen Hearing in Düsseldorf von Lerche/Starck/Geiger/Hoffmann-Riem sowie Karl-Günther von Hase.

Zeitschriftenverleger einerseits und Vertreter der etablierten Rundfunkanstalten andererseits, flankiert von jeweils die eigene Position stützenden wissenschaftlichen Gutachten, streiten, ob es sich bei dieser Übermittlungsvariante um Rundfunk oder Presse handelt. Verlautbarungen jüngeren Datums zeugen von einer Selbsteinschränkung der Rundfunkanstalten und deren Kooperationsbereitschaft mit den Verlegern 12). Videotext, dies ist wichtig anzumerken, ist mit den geringsten Kosten für den Teilnehmer verbunden.

Die beiden beschriebenen technischen Erweiterungen bestehender Fernsprech- und Fernsehanlagen werden z.Z. "heißer" diskutiert als später wohl tatsächlich konsumiert. Der kritische Beobachter kann den Eindruck nicht verbergen, daß es sich hierbei eher um Nebenschauplätze kommunikationspolitischer Debatten handelt, zumal diese Systeme technisch schnell obsolet sein werden und auch innerhalb der vielfältigeren Möglichkeiten der breitbandigen Kabelkommunikation substituierbar sind.

Kabelkommunikation

Die zukünftige mediale Kommunikation wird nicht wie bisher drahtlos, sondern wie in den Pionierzeiten des Fernsehens drahtgebunden verlaufen. Bereits entwickelte Koaxialkabel (Kupfer) und die in der Entwicklung befindlichen Lichtleiterkabel (Glasfaser) erlauben es, bereits heute bis zu 25 Kanäle und zukünftig bis zu 50 in Privathaushalte zu legen. Einen Teil dieser zusätzlichen Kanäle wollen die Rundfunkanstalten, also ARD und ZDF, zur quantitativen Vermehrung und zeitlichen Ausdehnung bestehender Programme und Programmformen für sich beanspruchen. Anstelle der bisher üblicherweise drei bis fünf UKW-Stereoprogramme und drei Fernsehprogramme können die Empfangsmöglichkeiten, verbunden mit einer verbesserten Ton- und Bildqualität, erheblich erweitert werden. Diese Vielzahl von zugänglichen Kanälen und damit Programmen, so formulieren es deren Verfechter, soll die inhaltliche Konsonanz bisheriger Fernsehprogramme aufbrechen. Ebenso soll die eingeschränkte Wahlmöglichkeit der Rezipienten vergrößert werden.

Analogiefähige Auslandserfahrungen, eben auch unter Berücksichtigung unterschiedlicher Mediensysteme und kulturell eigenständiger Entwicklungen, sowie das Nutzungsverhalten von Rundfunkteilnehmern in grenznahen Gebieten und die regelmäßig erhobenen Mediennutzungsdaten erlauben jedoch zwingender andere Folgerungen.

1. Publizistische Vielfalt ist nicht proportional zur medialen Vielzahl. Für sämtliche Publikumsmedien kann dagegen angenommen werden, daß durch eine angebotene Vielzahl von Kanälen nicht mehr oder gar andere Inhalte thematisiert werden. Es findet, so belegen eine Reihe von Studien plausibel, keine Erweiterung des

12) Vgl. den Diskussionsbeitrag des ZDF-Intendanten v. Hase auf dem öffentlichen Hearing in Düsseldorf.

vermittelten Themenspektrums statt 13). Als Sonderfall kann die z.Z. praktizierte Absprache von ARD und ZDF über Koordination und Konstrast gelten. Wird ausschließlich auf die regulierende Kraft des Wettbewerbs im publizistischen Bereich vertraut, so werden auch zahlreiche Programme inhaltlich immer uniformer ("more of the same") 14). Die Anzahl bietet nicht gleichsam automatisch eine Gewähr für eine erweiterte oder gar alternative Programmauswahl durch den Rezipienten.

2. Die Mediennutzungsdaten für die Bundesrepublik und auswärtige Erfahrungen können lediglich zur Einschätzung führen, daß ein nach traditionellen Mustern vermehrtes Angebot nicht zur Ausweitung der Nutzungsdauer führt, sondern bei gleicher Nutzung zu einer Verschiebung. Diese Nutzungsverschiebung verläuft zugunsten unterhaltsamer, fiktiver Programme und zugunsten von Informationsprogrammen. Zu dieser Verschiebung trägt sicherlich das Medium Fernsehen aufgrund seiner spezifischen Reizübermittlung und Rezeptionssituation selbst bei. Es wird vorrangig als U-Medium benutzt, sehr im Gegensatz etwa zur Tages- oder Wochenpresse.

3. Diese Nutzungsverschiebungen haben die Tendenz gezeigt, daß eine stärkere Vereinzelung innerhalb der Familie zu verzeichnen ist 15). Diese Betrachtung, von mir als interpassive Segmentierung bezeichnet, wird jedoch noch verstärkt, wenn die Programmausweitung insgesamt länger wird (24 Stunden Programm) und mehrere Geräte im Haushalt verfügbar sind.

4. Die sozial negativen Auswirkungen dieser Nutzungsverschiebungen hin zu den fiktiven Programminhalten haben in den USA und auch in der Bundesrepublik zu nachdenkenswerten Ergebnissen geführt. So haben Vielseher im Vergleich zu Wenigsehern ein sozial unerwünschtes Bild der Realität, z.B. über gesellschaftliche Kriminalität, Gewaltanwendungen und Geschlechterrollen 16). Diese langfristig zwischen 1967 und 1976 ermittelten Auswirkungen der "Medienrealität" entsprechen den theoretischen Einschätzungen vom "Duplikat der Welt" (Adorno) oder der "Wirklichkeit aus zweiter Hand" (Gehlen), in jüngerer Zeit auch häufig mit Sekundärerfahrung bezeichnet.

13) Vgl. eine internationale Zusammenstellung dieser Frage bei Hella Kellner/Hendrik Schmidt: Programmangebot und Mediennutzung, in: Publizistik, Heft 3/1979, S. 353-369.

14) Sehr im Gegensatz dazu die Ausführungen bei Elisabeth Noelle-Neumann: Massenmedien und sozialer Wandel - Methodenkombination in der Wirkungsforschung, in: Zeitschrift für Soziologie, Heft 2/1979, S. 164-1982, sowie ihre Ausführungen auf dem öffentlichen Hearing in Düsseldorf.

15) Vgl. dazu zahlreiche Veröffentlichungen von Kurt Lüscher und seinen Mitarbeitern sowie Will Teichert.

16) Vgl. dazu mehrere Publikationen von George Gerbner und Larry Gross zu der genannten Langzeitstudie in amerikanischen Fachzeitschriften.

Vielsehende Kinder reagieren emotional auffällig und anders als wenigsehende Kinder 17). Das Zustandekommen von Verlustängsten, Verwirrungen und sozialen Desorientierungen wird im Zusammenhang mit Medieninhalten und besonders medialen Angebotsweisen überprüft. Wichtig bleibt hierzu festzuhalten, daß die Piktualität und Kontextlosigkeit des Medienangebots nicht den realen langfristigen Prozessen entspricht. Bei diesem Ansatz ist weder von einer monokausalen Einwirkung die Rede noch ist die tatsächliche Ursache des kindlichen Verhaltens bisher erst unzulänglich nachgewiesen. Immerhin müssen die beiden in sich konsistenten Befunde gegenüber durchaus feststellbaren pro-sozialen Auswirkungen der Medien relativierend eingebracht werden.

Übereinstimmend ist in der wissenschaftlichen Fachliteratur von einem erheblichen Defizit in der lokalen Kommunikation die Rede. Dieses für die Bundesrepublik festgestellte Defizit sowie die optimistischen Erfahrungen im Ausland ergeben die berechtigte Forderung, die zukünftige Kabelkommunikation besonders dem lokalen Raum nutzbar zu machen. Eine hohe Akzeptanz - zwischen 30 und 50 Prozent - wird aus allen Subpopulationen der Gemeinden erwartet.

Auf Grund der publizistischen Konzentration kann die lokale Presse bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgabe nur unzureichend aktiv werden. Sogenannte "Ein-Zeitungskreise" in der Bundesrepublik (1976: 156 von 344, also 45 Prozent) und das damit verbundene lokale Pressemonopol haben bereits in der Vergangenheit zu spontanen Reaktionen in Form von Stadtteilzeitungen, Lokalblättern und ähnlichen Artikulationsformen geführt 18). Zusätzlich ist anzumerken, daß auch die Inhalte bestehender lokaler Berichterstattung den Verfassungsauftrag nach publizistischer Kritik und Kontrolle kaum nachkommen (Honoratioren-Berichterstattung).

Nicht das publizistische Werbemotto vergangener Jahre von der "Welt frei Haus", sondern die neue Maxime vom "bürgernahen Rundfunk" 19) sollte zukünftig Gewicht haben. Diese Nahwelt-Kommunikation betrifft die Rezipienten in ihren täglichen Lebensbezügen unmittelbarer.

Die oben beschriebenen positiven Einschätzungen können m.E. jedoch nur dann sozial wirksam werden, wenn auch die Organisations-

17) Vgl. Hertha Sturm mehrfach in der Zeitschrift "Fernsehen und Bildung" sowie anlässlich von Kongressen; s.a. Kurt Lüscher a.a.O.

18) Vgl. dazu die Arbeiten von Petra E. Dorsch.

19) Winfried B. Lerg: Lokalrundfunk als kommunikationspolitische Alternative, in: Ulrich Paetzold (Hrsg.): Kabelkommunikation. Organisation und Programme, München 1978, S. 125-132.

form des lokalen Rundfunks neu überdacht wird. Doppelseigentümerschaften 2o) an verschiedenen Medien und Stationen wirken sich nachteilig auf die Personal- und Programmsituation aus. Mehrere nordamerikanische Studien weisen einen signifikanten Einfluß der Eigentumsverhältnisse auf das Programmangebot und die Programmpräsentation sowie Plazierung aus. Diese fundamentale Erkenntnis vom direkten Bedingungs-zusammenhang von publizistischer Organisation und lokalen Kommunikationsinhalten wird hierzulande allerdings nicht diskutiert. Stattdessen reklamieren die öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten und die privatwirtschaftlichen Zeitungsverlage diesen Kommunikationsraum, diesen Markt, einzig für sich. Paradoxe Weise sind gerade sie für das entstandene und beklagte Defizit verantwortlich. Funktionsfähiger sind dagegen alternative pluralistische Gruppenmodelle, in denen die lokale Struktur wiederzufinden ist und die abseits und außerhalb von parteipolitischen Proporz- und Ausgewogenheitsforderungen angesiedelt sind.

Es wird bei diesem Diskussionspunkt auch deutlich, daß die Ausbildungseinrichtungen die dringende Aufgabe und Verpflichtung übernehmen müssen, einen neuen Typ "Lokaljournalist" mit den beschriebenen Aufgabenfeldern heranzubilden; etablierte Kommunikationsprofis finden daran bislang wenig Gefallen. Rentabilitätsgesichtspunkte - auch hierbei sicher nicht zu vernachlässigen - sprechen gegen eine lokale Publizistik außerhalb von Ballungsräumen. Es ist jedoch kommunikationspolitisch kurzsichtig, eben wiederum die kommunikativ unterversorgten Gebiete zu vernachlässigen.

Zielgruppenkommunikation

Die Erweiterung der technischen Kapazitäten durch die Kabelkommunikation ermöglicht zusätzlich eine verstärkte kommunikative Versorgung von Zielgruppen. Nicht das verfassungsgemäße Gebot eines Integrationsrundfunks, in dem alle gesellschaftlich relevanten Belange und Gruppen repräsentiert sein müssen, sondern die gezielte Verteilung spezialisierter Programme an spezielle Rezipienten ist technisch ohne Schwierigkeit durchzusetzen. Zu diesen Zielgruppenprogrammen zählen Bildungssendungen mit tutorialer Unterweisung ebenso wie berufsbezogene Fortbildungsprogramme, ausschließliche Minderheitenprogramme und echte Alternativprogramme für detaillierte Interessen von Subgruppen. Bei einer dermaßen breitgefächerten und publizistisch verstreuten

2o) Vgl. dazu die Ergebnisse von nordamerikanischen Studien bei Herbert H. Howard: The Contemporary Status of Television Group Ownership, in: Journalism Quarterly, Heft 3/1976, S. 399-405; vgl. William T. Gormley jr.: The Effects of Newspaper-Television Cross-Ownership on News Homogeneity, Chapel Hill 1976 - siehe dazu auch eine Besprechung von Marie-Luise Kiefer in Media Perspektiven Nr. 3/1977, S. 125-130.

Programmpraxis wird das sowieso schon heterogene Publikum weiter parzelliert. Sollte in der dritten Kabelgeneration die Möglichkeit des Rückkanals, der nach Aussage von Experten technisch noch nicht ausgereift ist, hinzukommen, so könnten die traditionell passiven Rezipienten auf unterschiedliche Weise aktiv am Programm und Programmverlauf teilnehmen. Die publizistische Qualität tatsächlich interpersonaler Dialoge - von Angesicht zu Angesicht - ist jedoch auch durch diese technologische Errungenschaft nicht zu erreichen. Allen medialen Kommunikationsabläufen ist gemeinsam, daß individuelle Kommunikationsformen mediatisiert werden und nicht umgekehrt.

Neben den unbestrittenen Vorteilen dieser auf die Interessen von Einzelnen und Gruppen zugeschnittenen Kommunikationsmöglichkeit ergeben sich auch schwerwiegende soziale Nachteile. Anstelle von Integration und sozialer Orientierung treten Polarisierung und Partikularisierung sozialer Gruppen und Teilsysteme. Das vielzitierte Gemeinwohl kann dadurch leicht auf der Strecke bleiben. Aber auch bei den zielgruppenorientierten Angeboten stehen die Rezipientenbeteiligung von geschätzt ein bis fünf Prozent und die finanzielle Umsetzung erschwerend und hindernd im Wege. Für den Hörfunk gelten die oben gemachten Ausführungen nicht in der vorgetragenen Schärfe, da bei diesem Medium andere medienspezifische Bedingungen einzurechnen sind. Bei der Prognose dieses Programmtyps ist zusätzlich mitzuberücksichtigen, welches "Schicksal" sämtliche Dritten Programme der ARD ereilt hat. Zu Beginn der sechziger Jahre mit einem klaren Bildungsauftrag und Minderheitenangeboten gestartet, werden sie nach und nach zu Vollprogrammen in Konkurrenz zu ARD und ZDF erweitert. Hinter dieser programmpolitischen Veränderung stehen Erkenntnisse über die Rezipientenbeteiligung, die hier mehrfach angesprochen worden sind.

Auch die bildungsbeflissenen Versuche à la "Sesamstraße" haben in den verantwortlichen Redaktionen eher Nüchternheit denn neue Überlegungen hinterlassen. Diese realen Tatbestände müssen die Prognose leiten. Gesellschaftliche Gruppen eignen sich Wissen und Informationen nach individueller und kollektiver Zugehörigkeit an. Über die Medien - und dies ist eine zentrale Erkenntnis - kann kaum Wissensnivellierung in Gang gesetzt werden, sondern eher das Gegenteil, eine wachsende Wissensklüft, ist empirisch beobachtet worden (21). Dieses Phänomen verstärkt sich noch, sobald materielle Kosten entstehen. Das Kommunikationsverhalten bietet auch keine hinreichende Versicherung, daß produzierte Information nicht in konsumierte Unterhaltung transferiert wird, gerade beim Medium Fernsehen.

Eine vielbeachtete technische Teilinnovation stellt der "offene Kanal" dar. Diese Möglichkeit soll den kommunikationspolitischen

21) Zum Phänomen der "increasing knowledge-gap"-Forschung vgl. statt vieler Ulrich Saxer und Heinz Bonfadelli in den Bertelsmann Texten, Nr. 7, Buch und Lesen, Gütersloh 1978.

Forderungen nach Gerechtigkeit, Teilhabe und Teilnahme am Kommunikationsprozeß, kommunikativer Kompetenz und Artikulation nachkommen. Der "offene Kanal", potentiell zugänglich für jedermann, soll unter Anleitung von Kommunikationsfachleuten aussagewilligen Gruppen ein Forum ermöglichen. Brecht'sche Forderungen und Enzensberger'sche Baukästen stehen dabei bewußt oder unbewußt Pate. Den theoretischen Intentionen völlig zuwiderlaufende Erfahrungen im Ausland, kein nennenswert geäußertes Interesse sowie wenig aktive Bereitschaft tatsächlich Betroffener lassen es anraten, dieser Art "Exoten- und Exhibitionistenschau" unter den gegebenen Prämissen und ohne medienpädagogische Vorarbeit und Begleitung nicht nachzukommen. Programm von Interessierten für Interessierte, stellvertretende Parteinahme und repräsentierte Artikulation wären sonst die Folge. Mittelfristig sind unter den gegebenen technischen Möglichkeiten und dem real zu beobachtenden Kommunikationsverhalten über den "offenen Kanal" die eingangs zitierten Postulate nicht zu realisieren.

Die abschließende Einzelprüfung soll der Satellitenkommunikation vorbehalten bleiben, also einer technischen Erweiterung, die nicht dem Problembereich Kabelkommunikation zuzurechnen ist. Politisch nur sehr zögernd, technisch bereits zu bestimmten Anlässen erprobt ist die kontinentale und interkontinentale Kommunikation via Satellit. Diese Kommunikationsform stellt exakt die gegenläufige Tendenz zur beschriebenen lokalen Kommunikation dar. Hörfunk- und Fernsehprogramme werden ellipsenförmig und großflächig ausgestrahlt. Die länderübergreifende Ausstrahlung betrifft das Problem des internationalen freien Informationsflusses. Während dem publizistischen Export allerorten zugestimmt wird, ist die Frage des Kommunikationsimportes nicht nur im Westen - z.B. Bundesrepublik - Luxemburg -, sondern auch im Osten - z.B. DDR - Bundesrepublik - politisch überaus kontrovers. Immerhin konnten geostationäre Satelliten technische Kapazitäten für lokale bzw. regionale Rundfunkprogramme freisetzen. Zukünftige internationale Vereinbarungen und die recht hohen Investitionskosten beim Verbraucher lassen die Möglichkeit der Parabolantenne auf dem Dach mittelfristig zurückhaltend bewerten.

Conclusio

Nicht ein generell kulturkritischer, aber ein an Einzelentwicklungen kommunikativer Möglichkeiten belegter medienkritischer Ansatz ist m.E. angebracht, wenn in Sonderheit unter dem Blickwinkel der sozialen Auswirkungen das Feld der Kabelkommunikation mit seinen medialen Möglichkeiten zur Diskussion steht. Der in der Vergangenheit häufig vorschnell erhobene Zeigefinger im Zusammenhang mit den Wirkungen der Massenkommunikation sollte nun nicht vorschnell durch einen Lockruf ersetzt werden. Medientechnologische Innovationen als Sozialtherapie? Dies kann, selbst wenn die Technologie noch weiter fortschreitet, einzig wiederum der personalen Kommunikation vorenthalten bleiben.

Weder die liberalistische Marktorientierung durch Angebot und Nachfrage noch die plebiszitäre Orientierung an ermittelten oder tatsächlichen Bedarf und Bedürfnissen können ausschließlich oder kombiniert als Entscheidungsgrundlage bei der Einführung neuer Kommunikationstechnologien Anwendung finden. Kommunikative Innovationen haben sowohl eine materielle als auch eine ideelle Relevanz, die durch tägliche psychische Belohnung charakterisiert werden kann und die unmittelbare Konsequenzen für die Gesellschaft hat. Deshalb sind vor allem Medienpolitiker gut beraten, diesen sozial einschneidenden Innovationen einen politischen Rahmen mitzugeben. Nicht der Determinismus der Technik, sondern demokratiethoretische Postulate und Grundsätze müssen das Handeln bestimmen. Kommunikationswirtschaftliche und einseitig von bestimmten Eigeninteressen abhängige Vorstellungen 22) müssen zugunsten kommunikationsrechtlicher und kommunikationswissenschaftlicher Erkenntnisse und Anforderungen in den Hintergrund treten.

22) Vgl. Horst Holzer: Neue Medien - Fortschritt oder Rückschritt?, in: Blätter für die deutsche und internationale Politik, Heft 12/1979, S. 1473-1488.

Wolfgang Tinnefeldt
PROGRAMM UND POLITISCHE KONTROLLE
Zur Funktion der Medienreferate in den Rundfunkanstalten

Aus dem Teilnehmerkreis eines rundfunkgeschichtlichen Seminars in der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim im Sommersemester 1979 hatte sich im letzten Winter ein Colloquium gebildet, in dem nach der Leistung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und nach den Inhalten der aktuellen Kritik gefragt wurde. Zum gleichen Thema ist eine Veranstaltung für das Sommersemester angekündigt, zu deren Unterstützung ein Reader vorbereitet wurde. Darin befindet sich auch der Text eines Gastvortrags, den Dr. Wolfgang Tinnefeldt, Medienreferent des Südwestfunks in Baden-Baden, im Januar 1980 in Mannheim gehalten hatte. Der Text wird an dieser Stelle gekürzt, im übrigen aber unverändert mitgeteilt, da er über das konkrete Thema hinaus geeignet erscheint, den Prozeß der fortschreitenden Adaption sozialwissenschaftlicher Methoden in der Arbeit der Rundfunkanstalten als offene rundfunkgeschichtliche Fragestellung bewußt zu machen.

Das mir gestellte Thema enthält zwei Schwerpunkte, die normalerweise völlig getrennt zu behandeln wären, um Sie einigermaßen zuverlässig zu informieren. Nun läßt sich denken, daß Sie nicht nur an einer Beschreibung des Aufgabenfeldes von Medienreferenten und ihren Mitarbeitern in ARD und ZDF interessiert sind, sondern vielleicht auch - aus der Sicht Ihres Seminargegenstandes - an den Einwirkungsmöglichkeiten und Aktionsparametern von Sozialwissenschaftlern in den Rundfunkanstalten überhaupt. Ihre Funktion läßt sich global wie folgt kennzeichnen:

1. Die Übersetzung praktischer Probleme in Forschungskonzepte
2. Die Überwindung der Kluft zwischen Fachwissen einerseits und Empfehlung und Beratung andererseits
3. Die Beziehung zwischen "policy-makers" und Sozialwissenschaftlern.

Angesichts der Installationsschwierigkeiten und der Ausstattung sozialwissenschaftlicher Werkstätten in den Rundfunkhäusern einerseits wie des immer noch bescheidenen Wohlwollens für diese Berufsgruppe andererseits ist der rundfunkpolitische Aspekt der Tätigkeit von Medienreferenten nicht überzubewerten, variiert er doch je nach der organisatorischen Zuordnung der Referate (Intendantzbereich oder nicht) und der Vertrauensstellung der Funktionsinhaber. Wenn auch der Hauptbeitrag zur medienpolitischen Positionsbestimmung und Strategie der Anstalten nach wie vor von Juristen bestritten wird, so läßt sich nicht leugnen, daß kommunikationssoziologische Einsichten und

empirische, datengestützte Auskünfte immer stärker nachgefragt werden. Dies gilt sowohl von seiten der Rundfunkspitze wie der Programmproduktion. Dieses wachsende Interesse an den Ergebnissen der Kommunikationswissenschaft und Publikumsforschung rührt nicht allein aus der wachsenden Programmkonkurrenz der Anstalten und des darum wünschenswerten effektiven Programmerfolgs, sondern folgt gerade aus der Infragestellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkstruktur und den sich abzeichnenden Veränderungen der Medienlandschaft durch neue Kommunikationstechnologien. Die Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Systems erfolgt nicht nur durch öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung und kritische Auseinandersetzung mit den medienpolitischen Konzepten von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden, sondern auch durch das fortwährende Spannungsmanagement innerhalb der Anstalten und im Gegenüber zu den organisierten Interessen und ihren offenen oder verdeckten Beeinflussungsversuchen.

Die öffentlich-rechtlich organisierten Anstalten sind ja von ihrer Struktur her äußerst labil und anfällig für Übergriffe aus dem Raum der gesellschaftlichen Gruppenmächte, vornehmlich der Parteien, und gegenüber Versuchen zur politischen Programmkontrolle und Programmsteuerung. Sie tragen die Trojanischen Pferde sozusagen modellbedingt in sich. Die Durchgriffsmöglichkeiten sind Ihnen sicher aus der Beschäftigung mit der Krise um den NDR vertraut. Ich möchte sie dennoch kurz anführen.

Da sind einmal die nach dem Modell des Gruppenpluralismus aus den gesellschaftlich-relevanten Kräften zusammengesetzten Leitungsgremien mit wichtigen Aufsichts- und Wahlbefugnissen. Der Konstruktionsidee nach sollten die Rundfunkräte eine Art Hydeparkgesellschaft bilden, ein Forum des fairen Meinungskampfes unterschiedlicher politischer, weltanschaulicher und gesellschaftlicher Geltungsansprüche. Doch dieses liberale Modell ist im Kräftespiel der Parteien längst aus den Fugen geraten. Gerade die Parteienvertreter üben eine Sogwirkung auf die Orientierungen der anderen Gruppenvertreter (Freundeskreise) aus. Nicht ihre Zahl ist dabei maßgeblich, sondern ihre parlamentarische Übung und das Bewußtsein, ein bestimmtes medienpolitisches Konzept vertreten zu müssen, hat die Diskussion in den Rundfunkgremien in den letzten Jahren sehr einseitig beeinflusst. Eine der bedeutsamsten Folgen dieser Entwicklung besteht in der wachsenden Steuerung des Rundfunksystems mittels Personal - anstelle von Richtlinienpolitik.

Diese Schwerpunktverlagerung kommt nicht von ungefähr und lenkt die Aufmerksamkeit auf eine weitere Strukturschwäche: die Allgemeinheit und Abstraktheit vieler die publizistische Arbeit regelnde Normen, wie sie in den Rundfunkgesetzen, Staatsverträgen usw. formuliert sind. Denken Sie an die doppelte Aufgabenbestimmung des Rundfunks als Medium und Faktor der Meinungsbildung oder die vielzitierte "öffentliche Aufgabe". Daneben gibt es Programmrichtlinien und Grundsätze, in denen inhaltsneutrale Attribute der Informationstätigkeit wie Überparteilichkeit, Sachlichkeit, Objektivität und Ausgewogenheit genannt werden. Alle diese Richtlinien lassen sich grob in freiheits-

sichernde und freiheitsbeschränkende unterscheiden. Eine einschränkende Bedingung der Berichterstattung formuliert beispielsweise § 5 Absatz 3 des Staatsvertrags über den Südwestfunk: "Nachrichten und Berichte müssen im Inhalt wahrheitsgetreu und in der Wiedergabe sachlich sein. Zweifel an der Zuverlässigkeit einer Nachricht sind zum Ausdruck zu bringen. Nachrichten sind von Kommentierungen und Stellungnahmen zu trennen." Solche an sich vernünftigen Bestimmungen eröffnen andererseits einen großen Interpretationsspielraum, da sie nur eine geringe konsensbildende Kraft besitzen. Gerade staatliche Stellen führen sehr oft Beschwerde über Richtlinienverstöße. Die Vagheit der Aufgabenbeschreibung gestattet umgekehrt in vielen Fällen eine wirksame Abwehr auch deshalb, weil der rechtlich gegebene Spielraum für das Programm nicht unerheblich ist.

Natürlich führt die Abwiegung solcher Programmbeschwerden, die ja nicht selten mit dem Wunsch nach personellen Konsequenzen gekoppelt sind, zu erheblichen Verstimmungen auf Seiten des Beschwerdeführers und inzwischen auch zu der bedrohlichen Tendenz einer stärkeren Verrechtlichung der Programmfreiheit. Eine Vermehrung und wachsende Detaillierung von Programmgrundsätzen zeigt etwa die Entwicklung zum NDR-Entwurf 1978, wenn man sich auf die Eckwerte des Jahres 1975 bezieht: eine Zuwachsrate von neuen Regelungen auf 33 in der Zahl. Davon definieren 22 sehr konkret journalistische Verfahrensweisen. Dieses Bild macht deutlich, daß die immer schon recht labile Rundfunkautonomie zunehmend eingeengt wird und die Interventionsmöglichkeiten zunehmen. Insgesamt zeigt sich eine Verlagerung der für die Programmrichtlinien bisher maßgeblichen Perspektive: die Funktion des Rundfunks, durch unabhängige Information und Kritik einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung zu leisten, weicht zunehmend dem Zwang, die Gesichtspunkte und Interessen derer zu berücksichtigen, die in erster Linie Objekte der Berichterstattung sind: Institutionen und Personen aus den Bereichen von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur; die Wirkungschance für divergierende Informationen und Bewertungen nimmt bedenklich ab. Damit ist auch der publizistische Auftrag einer möglichst umfassenden Interessenartikulation, also die *raison d'être* des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in Frage gestellt. Welche Zugeständnisse sind hier möglich, um das Wechselspiel zwischen Politik, Öffentlichkeit und Publizistik einigermaßen intakt zu halten? Die genannten Gesichtspunkte weisen darauf hin, wie schwierig die Leistungsbemessung des Rundfunks ist und wie ungerechtfertigt der pauschale Vorwurf eines Versagens des öffentlich-rechtlichen Systems.

Neben den angeführten Einwirkungsmöglichkeiten existieren noch andere Steuerungsinstrumente des politischen Systems, nachdem die etwas vergilbte Form der offenen Staatsintervention kaum mehr ernsthaft praktiziert wird (die hessische Landesregierung hat bekanntlich ihre Aufsichtsmaßnahme gegen das ZDF-Magazin nicht über die erste Instanz hinaus verteidigt). Ich nenne das System der Gebührenfestsetzung durch die Landesparlamente nach

der Konsultation der KEF. Über die Gebührenregelung kann die Programmpolitik der Anstalten erheblich beeinflusst werden, können Wohlverhalten oder Insubordination geahndet werden. Eine weitere Kanalisierung von Einfluß ist auch die aktive Förderungspolitik bezüglich der Massenkommunikationsforschung, die eindeutig anwendungsbezogen ist und sich dabei auf Aussageanalysen, die Fernsehwirkungsforschung und die Ermittlung von strukturellen Veränderungen im Massenkommunikationssystem konzentriert. Hier ist neuerdings das Bundeskanzleramt recht aktiv, aber auch die Parteien, wie die Umfrage von Frau Noelle-Neumann anlässlich der Bundestagswahlen 1976 und deren propagandistische Ausschlichtung durch die CDU belegt. Medientage von SPD und CSU zeigen auch die Tendenz zu einer verstärkten Förderung der Wirkungsforschung, was an sich eher auf eine Bewußtseinserweiterung deutet. Das sprechendste Beispiel einer den Veränderungsstrategien mancher Politiker dienenden fragwürdigen Forschung sind die Ausführungen über optische Kommentierung von H.M. Kepplinger gewesen.

Zuletzt möchte ich einen Punkt anführen, der aber auch in das Umfeld möglicher Programmkontrolle gehört. Es sind dies die Öffentlichkeitsarbeit und Nachrichtenpolitik des politischen Systems, insbesondere der Parteien, wodurch Nachrichten erzeugt, aufbereitet und vermarktet werden. Journalisten sind ja auf gute Beziehungen zu den Entscheidungsmachern und Öffentlichkeitsarbeitern angewiesen, um sich den Zugang zu den z.T. exklusiven Informationsquellen zu erhalten. Auch dies ist eine Ebene der Abhängigkeit.

Nach dieser Skizze lassen Sie mich das Aufgabenfeld von Medienreferaten beschreiben, wobei ich Aufgabenstellung und Funktion nach den medienpolitischen Bezügen akzentuieren und gewichten möchte. Dadurch gelangen wir in eine Art Kreisverkehr wieder auf die erwähnten Einbruchstellen politischer Programmbeeinflussung zurück. Ich kann mich bei dieser Schilderung nicht einfach auf die Erfahrungen der Kollegen in anderen Medienreferaten berufen, da die Lage ja sehr unterschiedlich ist und auch bewertet wird.

Es gibt naturgemäß eine Aufgabe, bei der die Berührung zum Feld von Rundfunk und Medienpolitik unmittelbar vorliegt: die Beratung des Intendanten. Deren überwiegend juristische Ausbildung, die Kenntnis der Parteienszene, administratives und parlamentarisches Geschick qualifizieren sie für die repräsentativen politischen und verwaltungsbezogenen Bereiche ihrer Aufgabe. Fehlende Programmnähe und journalistische Erfahrung bilden die immer wieder kritisierte problematische Kehrseite dieser Vorzüge. Man sollte allerdings in diesem Zusammenhang nicht dem von flinken Schreibern immer wieder verbreiteten Mythos aufsitzen, die Intendantenszene sei in den fünfziger oder sechziger Jahren von journalistisch hochkarätigen Persönlichkeiten belebt gewesen. Die heutigen Karriereverläufe entsprechen weitgehend dem institutionellen Wandel im Rundfunksektor.

Die Unterstützung des Intendanten durch das Medienreferat erfolgt heute "außenpolitisch" durch konzeptionelle Hilfestellung und Formulierungshilfen (Arbeitspapiere, Stellungnahmen, Publikationen, Vorträge), "innenpolitisch" bei der Entwicklung programmpolitischer Richtlinien (Programmplanung, Maßnahmen der Programmverantwortung, Kontakte mit Programmgestaltern) und den Arbeitskontakten mit den Gremien. Dazu einige Erläuterungen und Beispiele, zunächst zum Stichwort "konzeptionelle Hilfestellung".

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten befinden sich seit einigen Jahren in einer Phase der Verteidigung und Selbstrechtfertigung. Die Vorwürfe brauche ich Ihnen nicht aufzuzählen, sie reichen von Informationsmonopol, Vielfaltsverlust, Kampfjournalismus bis zur Innovationsbarriere für neue Medientechnologien. Viele dieser Vorwürfe werden bar jeder publizistischen, wissenschaftlichen oder kommunikations-soziologischen Erkenntnis erhoben. Sprachpolitik durch bewußte Zweideutigkeit, durch Benennungsstrategien und Besetzung von Wortfeldern wird mit Vorliebe auch in der Medienpolitik praktiziert. Man sagt Programmvielfalt, meint Programmvervielfachung, sagt Medienverantwortung, meint Kontrolle, spricht vom mündigen Bürger, meint den Konsumenten, spricht vom Jedermannsrundfunk und meint das Oligopol der Multi-Mediakonzerne. Hollidaytrips durch die amerikanische Rundfunklandschaft bilden die Grundlage für medienpolitische Verlautbarungen. Viele Ungereimtheiten, mit denen wir uns in den letzten Jahren verstärkt auseinandersetzen müssen. Die wachsende Zahl von Medientagen, Hearings zu Pilotprojekten, Staatsvertragsentwürfen und die daraus erwachsenden Verpflichtungen haben sehr viel begrifflich-theoretische Arbeit mit sich gebracht. Die Anstalten haben sich ja bisher viel zu einfältig auf die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes gestützt. Das Gericht hat es den wohlgesonnenen Interpreten häufig schwer gemacht, seine Ausführungen richtig zu deuten, und es hat denen die Arbeit erleichtert, die das Gericht mißverstehen wollen. Wenn man einmal der in der modernen rechtswissenschaftlichen Literatur herausgearbeiteten Erkenntnis folgt, daß eine Norm nicht nur aus ihrem Wortlaut besteht, sondern auch durch einen Ausschnitt sozialer Wirklichkeit konstituiert wird, so stoßen wir schon über diesen abstrakten Zusammenhang auf die Relevanz sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. "Der Wirkungsbereich der Massenmedien bestimmt den verfassungsrechtlichen Bezug", schreibt Wolfgang Hoffmann-Riehm. Mit anderen Worten: die Wirklichkeit einer sich in den Medien darstellenden und durch Medienkommunikation vorantreibenden Gesellschaft, also die gesellschaftliche Wirkungsdimension läßt sich von der Rechtsfindung und Gesetzesinterpretation gar nicht trennen. Hier ist die systematische Reflektion wenig vorangekommen, die Forschungslage auf dem Gebiet der Wirkungsforschung eher unbefriedigend. Was nützt die grundgesetzgeschützte Informationsfreiheit ohne ein tieferes Wissen um die sozialen Bedingungen der Meinungsbildungsfreiheit? Wie ist es um dieses Kommunikationsziel bestellt? Wie sind die Rezeptionsbedingungen auf seiten der Zuschauer - mit höherem, geringerem sozialökonomischen Status und entsprechenden Bildungsunterschieden? Denken Sie an die

bekannte Wissenskluft-Hypothese: wenn der Informationsfluß von Massenmedien in ein Sozialsystem wächst, tendieren die Bevölkerungssegmente mit höherem sozio-ökonomischen Status zu einer rascheren Aneignung dieser Information als die statusniedrigen Segmente, so daß die Wissenskluft zwischen diesen Segmenten tendentiell zu- statt abnimmt.

Die wenigen gesicherten Annahmen auf diesem Sektor vermögen deutlich zu machen, daß eine demokratische Kommunikationspolitik die Voraussetzungen für die Nutzung der Informationsfreiheit (kommunikative Chancengleichheit) mitbedenken muß und rundfunkpolitische Entwürfe, die eine vielkanalige Isolierung der Bevölkerung politischer Apathie und Konformitätsideale fördern, mehr als fragwürdig sind.

Was ich mit diesen Andeutungen ausdrücken will - eine juristische Denk- und Betrachtungsweise wäre zu kurzatmig und reicht in der medienpolitischen Argumentation vielfach nicht aus. Die juristische Perspektive begünstigt zuweilen Paradigmen bei der Deutung der Rundfunkaufgabe, die ein instrumentelles Konzept der Rundfunkfreiheit nahelegen. Denken Sie an die von F. Ossenhühl in die Diskussion gebrachte Formel von der Rundfunkleistung in "treuhänderischer Freiheit". Die Aufgabe der Kommunikatoren wird dort nach den Vorbildern des Beamtenrechts abgeleitet und entsprechend normiert im Sinn eines quasi bürokratischen Vollzugskonzeptes. Gerade die kritische Auseinandersetzung mit den frei im Handel befindlichen Denkmodellen im Sinn einer Ideologiekritik erscheint mir als eine wichtige Aufgabe der Medienreferate in den Rundfunkhäusern. Andererseits können gerade Sozialwissenschaftler von Juristen sehr viel lernen. Es ist unverkennbar, daß die juristische Literatur unser Wissen um Normierungsschwierigkeiten, Regelungsdefizite und Überregelungen im Rundfunkbereich sehr vertieft hat.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld der Beratung stellen die konkreten Maßnahmen der Programmverantwortung dar, die ja oft Reflexhandlungen auf entsprechende Winke oder offene Beschwerden darstellen. Der Außendruck, dem jedes demokratisch kontrollierte System ausgesetzt ist und der formal und de jure auf dem Intendanten lastet, kann sich inhaltlich und de facto auf einen einzelnen Programmverantwortlichen oder Programm-macher verlagern. In einer Kettenreaktion von Ermittlungen und Stellungnahmen wird der ganze Affairendruck so verteilt, daß am Ende alle Beteiligten nur noch eines gemeinsam haben, die Verunsicherung im Blick auf das, was sagbar und zeigbar ist. So haben wir etwa in den letzten Jahren erlebt, daß das Ausgewogenheitsprinzip in einer Weise ausgelegt wurde, wie es den Parteien gelegen kam, ohne daß es zu klärenden Gesprächen über Möglichkeiten und Grenzen der Programmpraxis, eben zu differenzierten Beurteilungsweisen kam. Das führte dann zu einer Feindseligkeit im Innenverhältnis, die für Programmleistung und Programmqualität mehr als abträglich war. Es gehört ja zur Alltagserfahrung vieler Programm-Mitarbeiter, daß Politiker, Gremienmitglieder und viele Beschwerdeführer, sogar hochgestellte Kollegen in der Verwaltung keine ausreichende Kenntnis der

Bedingungen besitzen, unter denen Sendungen entstehen. Das führt nicht selten zu Fehlurteilen und vertieft die Kluft. Übrigens fehlen solche Kenntnisse, wie der Fall Kepplinger zeigt, auch ausgewiesenen Kommunikationswissenschaftlern, die etwa die Sachzwänge von Kamerateams bei der Studie über "optische Kommentierung" kaum berücksichtigt haben.

Gerade in den letzten Jahren haben auch die Medienreferenten ihren akademischen, an ausgefeilten Methoden der Publikumsforschung interessierten Höhenflug zugunsten intensiverer Programmkontakte korrigieren müssen. Dies dient auch der Versachlichung bei den Maßnahmen der Programmkontrolle und dem Eingehen auf die vielfältigen Probleme, die durch den Beschwerdestrom aus der Öffentlichkeit aufgeworfen werden. Gerade die Erforschung der Programmrealität, der redaktionellen Entscheidungsprozesse und der publizistischen Verarbeitung gesellschaftlicher Probleme in Selektion, Transformation und Präsentation ist eine Aufgabenstellung, die für die Praxis der Programmverantwortung von entscheidender Bedeutung sein dürfte.

Gerade die Auswertung der medienwissenschaftlichen Literatur und die Vermittlungsleistung für das Rundfunkmanagement ist derzeit von großer Bedeutung. Eine Programmpolitik, die den gesellschaftlichen Wandel nicht ernst nimmt und die Veränderungen in der Struktur des Publikums nicht immer wieder untersucht, produziert an ihren Zielpartnern vorbei. Die Forschung hat eine Servicefunktion, die man mit einer Seekarte vergleichen kann, die den Kapitän über Klippen und Untiefen informiert, ohne ihm den Kurs einer Fahrtroute vorzuschreiben. Die Rundfunkforschung mit ihrem sozialwissenschaftlichen Instrumentarium bildet als systematische und kontrollierte Rückkopplung derzeit die einzig wirksame Form eines Feedbacks mit dem Anspruch darauf, die Zuschauer und Zuhörer insgesamt zu vertreten. Die Daten, die innerhalb der kontinuierlichen Fernsehforschung und der Hörerforschung erhoben werden, werden nur in wenigen Anstalten überhaupt ausgewertet. Dabei hat es sich gerade in den letzten Jahren gezeigt, daß sie eine wichtige medienpolitische Argumentationshilfe darstellt. Hätte man beispielsweise von Hamburg aus die Publikumsresonanz auf die NDR-Programme in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sorgfältiger untersucht, so wären wichtige Weichenstellungen in der Programmpolitik zu einem günstigeren Zeitpunkt vorgenommen worden. Außerdem versuchen die Medienreferate, durch eine gezielte Forschungspolitik auf der Ebene der Medienkommission von ARD und ZDF über die Verbesserung der Standardforschung hinaus durch Grundlagenforschung und Projektforschung stärker denn je zuvor in die medienpolitische Kontroverse um Leistung und Fehlleistung des öffentlich-rechtlichen Systems wie um die Einführung der neuen Medien einzugreifen. Die Vorwürfe um die wahlbeeinflussende Wirkung unserer Informationsprogramme und Magazinsendungen im Ohr, die nach der letzten Bundestagswahl erhoben wurden, haben die Medienreferate eine Untersuchung zum Thema Wahlberichterstattung und Publikumswirkung bei zwei Instituten in Auftrag gegeben. In solchen Forschungsprojekten

arbeiten die Medienreferenten eng zusammen und bringen ihre Vorschläge in der Medienkommission zur Bewilligung und Finanzierung ein.

Inwiefern die interessengesteuerten, medienpolitischen Fraktionen sich durch sachliche Information beeinflussen lassen, ist eine andere Frage. Dennoch ist ein Trend zu einer größeren Vorsicht bei rundfunkreformerischen Maßnahmen und eine Nachfrage nach wissenschaftlich begründeten Argumenten festzustellen. Wir brauchen eine breite politische Debatte, die quer zu dem klassischen Rechts-Links-Schema unserer Politik verläuft. Es könnte leicht der Zustand eintreten, daß Sozialwissenschaftler mehr gefragt sein könnten, als sie in der Lage sind, an konstruktiven Beiträgen einzubringen. Insofern ist der augenblickliche Zeitpunkt einer rundfunkpolitischen Wende auch eine Herausforderung an die sozialwissenschaftlichen Fakultäten und eine verstärkt anwendungsbezogene Sozialforschung. Die Medienreferate sind von ihrer Leistungsfähigkeit her oft überfordert und suchen zunehmend Verbündete.

EIN HEIMLICHER GEBURTSTAG: 30 JAHRE U.E.R. - E.B.U.

Die diesjährige Generalversammlung des Europäischen Rundfunkvereins (Union Européenne de Radiodiffusion/European Broadcasting Union - UER/EBU) wird vom 26. bis zum 30. Juni 1980 in Frankfurt am Main stattfinden. Schon vom 28. Februar bis zum 5. März dieses Jahres trat in Tokio die III. Weltkonferenz der verschiedenen übernationalen Rundfunkorganisationen zusammen. - Mitte Februar 1980 verbreiteten Agenturen die Meldung vom 30. Geburtstag des Europäischen Rundfunkvereins, doch in Heft 1/1980 der "EBU-Review", dem englischsprachigen Organ des Verbandes, wurde das Jubiläum nicht erwähnt. Noch sind offenbar die traditionellen Bande zur Vorgängerorganisation sehr stark. Die Gründe dürften in der historischen Ost-West-Konfrontation seit Ende der vierziger Jahre in Europa zu suchen sein, die mit dem Schlagwort vom Kalten Krieg belegt wird und die nicht zuletzt auch zur Gründung des Europäischen Rundfunkvereins im Februar 1950 geführt hat. Bis dahin gab es den am 3. und 4. April 1925 in Genf durch die Postverwaltungen und Rundfunkeinrichtungen von neun europäischen Ländern gegründeten Weltrundfunkverein (Union Internationale de Radiodiffusion/International Broadcasting Union - UIR/IBU), in dem die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft - neben der British Broadcasting Corporation - immer einen beträchtlichen Einfluß hatte; die BBC allerdings setzte ihre Mitgliedschaft im März 1941 wegen der Kriegsergebnisse aus. Die Arbeit der UIR in Genf und selbst im besetzten Brüssel, wo die Funkmeßstelle des Weltrundfunkvereins bis Ende 1944 ihren Sitz hatte, ging während des Kriegs weiter, wenngleich unter erschwerten Bedingungen zwischen den Fronten, - auch des Ätherkriegs.

Wenige Wochen vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs veröffentlichte das Generalsekretariat des Weltrundfunkvereins eine Denkschrift mit dem Titel: "L'activité de l'Union Internationale de Radiodiffusion et ses projets d'après-guerre" über die Nachkriegsaufgaben des Vereins, besonders beim Wiederaufbau des Rundfunks in Europa, bei der Neuverteilung der Frequenzen, bei der Neufassung des internationalen Urheberrechts und beim Programmaustausch. Man hielt offenbar für selbstverständlich, daß nicht nur die bei Kriegsausbruch ausgeschiedenen Mitglieder wieder eintreten, sondern auch, daß neue, außereuropäische Mitglieder gewonnen würden. Doch dieses Ziel war unter den damaligen Umständen noch nicht zu erreichen. Schon am 28. Juni 1946 gründeten einige Länder des nun sogenannten Ostblocks sowie einige blockfreie Länder in Brüssel eine Gegenorganisation, die Organisation Internationale de Radiodiffusion (OIR) mit Sitz Prag. Die BBC schloß sich zunächst weder der UIR noch der OIR an. Auch die Rundfunkeinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden noch nicht in diese Verbände aufgenommen.

Die anhaltenden und harten Verhandlungen über eine gemeinsame Organisation auf der Linie der UIR - die deutsche Bezeichnung "Weltrundfunkverein" wurde nicht mehr verwendet - scheiterten immer wieder an der Ost-West-Barriere. Zum Jahresende 1949 verließen elf Mitglieder die OIR. Auf eine solche Gelegenheit hatte die UIR offenbar gewartet, denn sie trat nun, zusammen mit der BBC, an die Sezessionisten aus der OIR heran und bot ihnen Unterschlupf in einer neuen Organisation; die BBC wollte den äußeren Rahmen zur Konstituierung eines solchen neuen Verbandes herrichten. So kam es am 12. Februar 1950 in Torquay (Großbritannien) zur Gründung der U.E.R. als wirkliche Nachfolgeorganisation der U.I.R. "Im Grunde hat sich nur ein Buchstabe geändert", schrieb der letzte UIR-Präsident Georges Conus, Verwaltungsdirektor des

schweizerischen Rundfunks, zwei Wochen später; "Den Umständen ihrer Planung und Errichtung entsprechend, kann die UER tatsächlich nur als die Weiterführung, die Fortsetzung der UIR angesehen werden, so wie es sich ihre Gründer vorgestellt haben. Unbestreitbar ist die eine in der anderen wiedererstanden, lebt die eine in der anderen fort, übermittelt die eine der anderen ihre langjährige Erfahrung und ihre beste Tradition."

Vor 30 Jahren haben 21 Rundfunkeinrichtungen die Gründungsurkunde der UER unterschrieben. Heute gehören dem Europäischen Rundfunkverein 43 Rundfunkeinrichtungen aus 21 Ländern als aktive Mitglieder an; 21 Rundfunkeinrichtungen aus 50 Ländern sind assoziierte Mitglieder. Noch immer ist der Verwaltungssitz in Genf, noch immer arbeitet die technische Zentrale in Brüssel. Augenfällig für die Fernsehzuschauerschaft wird die Arbeit des Europäischen Rundfunkvereins durch die Übertragungen von Veranstaltungen und Programmen auf dem europäischen Bildleitungsnetz der Eurovision, das seit 1954 von der UER/EBU betrieben wird.

Winfried B. Lerg

REGIONALGRUPPE MAINZ/WIESBADEN - EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Die Satzung des Studienkreises in der Fassung vom 6. April 1972 bestimmt in § 7 Abs. (1): "Innerhalb des Vereins können mit Zustimmung des Vorstandes Fachgruppen für bestimmte Arbeitsbereiche sowie regionale Mitgliederzusammenschlüsse gebildet werden. Die Arbeit dieser Gruppen bedarf der Abstimmung mit dem Vorstand." Entsprechend dieser Bestimmung hat sich am 20. März 1974 auf einer Gründungsveranstaltung im Mainzer Allianz-Haus, dem damaligen Dienstsitz des Intendanten des ZDF, eine Regionalgruppe Mainz/Wiesbaden konstituiert. Bei der 2. Zusammenkunft der Regionalgruppe am 8. Juli 1974 im ZDF-Sendezentrum Mainz-Lerchenberg wurden gemäß § 7 Abs. (2) der Satzung Hans Rink (ZDF-Abt. Zentralarchiv) zum Sprecher der Gruppe und Elisabeth Berg (ZDF-Abt. Medienforschung/Red. MEDIA PERSPEKTIVEN) zu seiner Stellvertreterin gewählt. Ein Wechsel in der Wahrnehmung dieser Funktionen hat seither nicht stattgefunden.

In den Jahren 1974 bis 1978 hat die Regionalgruppe in unregelmäßigen Abständen (ein- bis zweimal im Jahr, z.T. auch mit größeren Unterbrechungen) an wechselnden Tagungsstätten und mit unterschiedlichen Themen Arbeitssitzungen veranstaltet. An Themen sind u.a. behandelt worden:

"Der Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Seine Aufgabe und Stellung im Rahmen der rundfunkgeschichtlichen Forschung" (Prof. Dr. W. Treue, Vorsitzender des Studienkreises)

"Rundfunktechnik und -programm in Dokumentarfilmen aus den Jahren 1929 - 1945" (Prof. Dr. Fr. P. Kahlenberg, Bundesarchiv)

"Entstehung und Arbeit des Instituts für Publizistik an der Universität Mainz" (Dr. J. Wilke, Institut für Publizistik)

"Rechtmäßigkeit einer Mitbestimmung der Redakteure in den Rundfunkanstalten. Zur Diskussion um die innere Rundfunkfreiheit" (Dr. jur. P. Tietze, Mainz)

"Eine Gerichtsentscheidung und ihre fernsehpolitischen Folgen. Vom Entschluß, die größte Fernsehanstalt Europas zu gründen: das ZDF" (Dr. K. Wehmeier, Münster i.W.)

Für April 1980 ist eine größere Diskussionsveranstaltung über die Geschichte des ZDF mit dem Gründungsintendanten Prof. Karl Holzamer auf der Grundlage seiner 1979 erschienenen Memoiren "Das Wagnis" geplant.

Tagungsstätte war fast immer das ZDF-Sendezentrum in Mainz-Lerchenberg; je einmal das alte Landesstudio des SWF in Mainz, Deutschhausplatz, und das Institut für Publizistik der Universität Mainz. Das Vortragsangebot der Regionalgruppe richtet sich hauptsächlich an Interessenten aus dem ZDF, dem Landesstudio Rheinland-Pfalz des SWF und dem Publizistischen Institut der Universität Mainz. Es findet sich - abgesehen von der Großveranstaltung zur Konstituierung - durchweg ein Kreis von 15 bis 20 Personen zusammen, von denen etwa zehn als Stamm-Interessenten anzusehen sind. Bei den vielfältigen Verpflichtungen der meisten Teilnehmer und dem reichen Angebot an vergleichbaren Veranstaltungen ist es praktisch unmöglich, für mehr als ein oder zwei solcher Versammlungen pro Jahr das Publikum zu gewinnen. Da das Historische Hausarchiv des ZDF die Hauptlast der Vor- und Nachbereitung (Protokoll) zu tragen hat, muß auch darauf geachtet werden, daß der zu erbringende Arbeitsaufwand in einem vertretbaren Verhältnis zur tatsächlichen Effizienz der Arbeitssitzungen steht.

Der von Prof. Kahlenberg 1974 gemachte Vorschlag, die Regionalgruppe an einem richtigen Forschungsprojekt zu beteiligen (er nannte als mögliches Projekt die Erfassung der Resonanz auf den frühen Rundfunk und sein Programm in der Regionalpresse des Rhein-Main-Gebietes), setzt eine homogene Kerngruppe voraus, die zu intensiver Arbeitsleistung bereit ist. Im Rahmen der Forschungsarbeit an einem Universitätsinstitut wäre die Realisierung eines solchen Projekts durchaus denkbar, nicht jedoch in einem nach Motivation, Interesse und Leistungsfähigkeit so heterogenen, lockeren Arbeitskreis wie der Regionalgruppe.

Für die Arbeit der Regionalgruppe ergäben sich neue Möglichkeiten mit einer Verbreiterung der Basis. Dazu müßte man

- a) den ganzen rheinischen Groß-Raum in die Arbeit einbeziehen, also die Sendebereiche des WDR/Nordrhein, des SWF/Rheinland-Pfalz, des SR und teilweise des HR
- b) zusätzliche Kontakte zu anderen Medien (z.B. zur regionalen Presse, der "Allgemeinen Zeitung" Mainz usw.) und zu Universitätsinstituten und sonstigen Einrichtungen im rheinischen Raum herstellen, die sich mit Medienforschung befassen.

Dann ließe sich statt der unregelmäßig stattfindenden Arbeitssitzungen alljährlich eine regionale Frühjahrstagung als Ergänzung zur Jahrestagung des gesamten Studienkreises im Herbst organisieren, wie dies die Fachgruppe der Presse-, Rundfunk- und Filmarchivare im Verein deutscher Archivare seit Jahren erfolgreich praktiziert. Die Verantwortung für Vorbereitung und Durchführung dieser Tagungen müßte allerdings wechselweise bei der einladenden Institution am jeweiligen Tagungsort (HR Frankfurt, ZDF oder SWF Mainz usw.) liegen.

Hans Rink

Zeitschriftenlese 15 (1.1. - 31.3.1980 und Nachträge)

- Hans Abich: Zum Tod von Hans-Joachim Lange. Ihn zu verstehen oder zu lieben ist uns nun ein Ende gesetzt, in: Kirche und Rundfunk. 1980. Nr. 8. S. 6-7.
- Ali Al-Mashat: Arabsat - the Arab Satellite Communications Organization, in: Educational broadcasting international. Vol. 13. 1980. Nr. 1. S. 20-21.
- Anibal Arias Ruiz: Local Radio in Spain, in: EBU-Review. Programme administration, law. Vol. 30. 1979. Nr. 6. S. 20-23.
- Luis Ramiro Beltran S: Massenmedien in Lateinamerika. Spiegelbild einer ungerechten Gesellschaft, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 28. 1980. Nr. 1. S. 21-39.
- Fabio Luca Cavazza: Italy. From party occupation to party partition, in: Television and political life. Studies in six European countries. London. Basingstoke 1979. S. 76-113.
- Ansgar Diller: Die lizenzierte Meinung. Neue Aufgaben für Presse und Rundfunk. (Mit Abb.), in: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd 1. Auf dem Wege zur Republik 1945-1947. Paderborn 1979. S. 237-268.
- Holger Dohmen: Presse, Rundfunk, Fernsehen, in: China. Natur - Geschichte - Gesellschaft - Politik - Staat - Wirtschaft - Kultur. Tübingen, Basel 1980. S. 381-391.
- Manfred Durzak: Ein Medium wird historisch. Beobachtungen und Anmerkungen zu aktuellen amerikanischen TV-Publikationen, in: Fernsehforschung und Fernsehkritik. Göttingen 1980. S. 205-221.
- Dietrich Elias: 50 Jahre Kurzwellenrundfunk aus der Sicht der Deutschen Bundespost, in: DW Handbuch für internationalen Kurzwellenrundfunk 80. Berlin 1979. S. 15-19.
- Ruth Foxx: Educational radio's first rural station, in: Public telecommunications review. Vol. 7. 1979. Nr. 5. S. 15-21.
- 35 Jahre deutsche Sendungen aus Paris. (Mit 3 Abb.), in: Weltweit hören. Jg. 8. 1980. H. 1. S. 12-13.
- Jürgen Gandela: Es schillert in Color. Für wen wurde das Farbfernsehen eingeführt? in: Medienindustrie. Hamburg 1979. S. 85-104.
- Donald G. Godfrey: Senator Dill and the 1927 radio act, in: Journal of broadcasting. Vol. 23. 1979. Nr. 4. S. 477-489.
- Alfred Grosser: Federal Republic of Germany. From democratic showcase to party domination, in: Television and political life. Studies in six European countries. London. Basingstoke 1979. S. 114-141.
- Dieter Gütt: Nachrichten und deren Hintergrund - Bilanz ein Jahr "ARD-aktuell"/"Tagesthemen", in: ARD - im Gespräch. Reform statt Krisentheorien. Köln. 1979. S. 41-49.
- Peter Christian Hall: "... den Spielraum überschätzt." Ein Interview mit dem vorerst letzten NDR-Intendanten Martin Neuffer, in: Medium. Jg. 10. 1980. H. 3. S. 4-8.
- Helen Hermans: Sixty years of organized broadcasting in the Netherlands, in: EBU-Review. Programmes, administration, law. Vol. 30. 1979. Nr. 6. S. 24-25.

- Knut Hickethier: Probleme der Fernsehgeschichte - Überlegungen zu ihrer Konstruktion und Rekonstruktion, in: Fernsehforschung und Fernsehkritik. Göttingen 1980. S. 13-35.
- Knut Hickethier: Vom "Elektrischen Teleskop" zum Fernsehen. Ein kurzer Überblick über die Fernsehgeschichte, in: Praxis Schulfernsehen. Jg. 4. 1980. H. 44. S. 4-6.
- Peter Hoff: Zu Wasser und zu Lande. Entwicklungstendenzen der Serie im DDR-Fernsehen, in: Film und Fernsehen. Jg. 8. 1980. H. 2. Forum. S. I-II.
- Friedr(ich) Wilh(elm) Hymmen: Adolf-Grimme-Institut, in: Medium. Jg. 10. 1980. H. 3. S. 51.
- Friedr(ich) Wilh(elm) Hymmen: Hans Bredow, in: Medium. Jg. 10. 1980. H. 1. S. 51.
- Friedr(ich) Wilh(elm) Hymmen: Hans-Bredow-Institut, in: Medium. Jg. 10. 1980. H. 2. S. 51.
- Friedrich Wilh(elm) Hymmen: Wieso müssen Verleger Fernsehen machen? Ein Plädoyer für die publizistische Gewaltenteilung, in: Ein anderer Rundfunk - eine andere Republik oder die Enteignung des Bürgers. Berlin, Bonn 1980. S. 44-50. in: Kirche und Rundfunk. 1980. Nr. 8. S. 1-6.
- Hermann Jäger: Deutsche Radioprogramme aus dem Ausland. Eine historische und aktuelle Übersicht, in: DW Handbuch für internationalen Kurzwellenrundfunk 80. Berlin 1979. S. 35-40.
- Hans J. Kleinsteuber: Was macht die Wirtschaft mit dem Rundfunk? in: Ein anderer Rundfunk - eine andere Republik oder die Enteignung des Bürgers. Berlin, Bonn 1980. S. 30-43.
- Friedrich Knilli: Radio und Fernsehen nach 1945. Bundesrepublik und Vereinigte Staaten, in: Literatur nach 1945. Bd. 2. Themen und Genres. Wiesbaden 1979. S. 169-194.
- Hansjürgen Koschwitz: Internationale Publizistik und Massenkommunikation. Aufriß historischer Entwicklungslinien und gegenwärtiger Trends, in: Publizistik. Jg. 24. 1979. H. 4. S. 458-483.
- Leo Kreutzer: Nachruf auf eine Möglichkeit. Zur Vorgeschichte des WDR-Fernsehens neuen Typs, in: Fernsehforschung und Fernsehkritik. Göttingen 1980. S. 274-277.
- Brigitte Lachenmaier: Wie das Fernsehen der DDR journalistisches Neuland erschloß. Aus der Geschichte des DDR-Journalismus. T. 1, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus 1979. H. 5. S. 496-499.
- Kaj-Peter Mattsson: Nordic radio and television via satellite, in: EBU-Review. Programmes, administration, law. Vol. 30. 1979. Nr. 6. S. 54-61.
- Karl Mertes: Zwischenbilanz: Medienerziehung (WDR-Schulfernsehen seit 1969), in: Praxis Schulfernsehen. Jg. 4. 1980. H. 44. S. 13-14.
- Peter Meyer: Zur Medienpädagogik nach 1945. Konzeptionen, Positionen und Tendenzen einer erziehungswissenschaftlichen Teildisziplin aus problemgeschichtlicher Sicht, in: Medien und Erziehung. Jg. 24. 19.
- C. Wolfgang Müller: Am Ende der Unabhängigkeit? Mit kommerziellem Rundfunk fing es an, in: Das Parlament. Jg. 30. 1980. Nr. 8. S. 20. Mit einem Briefwechsel zwischen Ansgar Skriver und C. Wolfgang Müller, in: Das Parlament. Jg. 30. 1980. Nr. 12. S. 16.

- Rupert Neudeck: Betrifft: Glashaas und was folgte. Zum Dilemma und zur Geschichte fernsehkritischer Sendungstypen im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland, in: Fernsehforschung und Fernsehkritik. Göttingen 1980. S. 258-273.
- Hannelie Oelbermann: Die "ARD-Fernsehlotterie". Bilanz ihrer Geschichte und Ausblick, in: ARD-Jahrbuch. Jg. 11. 1979. S. 46-54.
- Ake Ortmark: Sweden. Freedom's boundaries, in: Television and political life. Studies in six European countries. London, Basingstoke 1979. S. 142-190.
- Gerd Pasch: Hemdsärmlig, improvisiert, zugänglich. Deutschsprachiger Regionalfunk aus Belgien, in: Medium. Jg. 10. 1980. H. 1. S. 24-25.
- Anton Pelinka: Mediendemokratie - für wen? Anmerkungen zum Verhältnis von Medien und Demokratie in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Kommunikationswissenschaft. Bd. 1. 1979. S. 57-66.
- Heinz Pürer: Journalistenausbildung - eine Zwischenbilanz. Alte Formen und neue Wege der Journalistenausbildung im Ausland und in Österreich, in: Österreichisches Jahrbuch für Kommunikationswissenschaft. Bd. 1. 1979. S. 153-175.
- Günter Roessler: 50 Jahre Kurzwellentechnik. (Mit 2 Fot.) in: DW Handbuch für internationalen Kurzwellenrundfunk 80. Berlin 1979. S. 107-112.
- Günter Rohrbach: Ein Programmdirektor, ein Intellektueller, ein Mensch. Zum Tode von Hans-Joachim Lange, in: Deutsches Fernsehen. Pressedienst. 1980. Nr. 10. S. 1-2. in: Funk-Korrespondenz. Jg. 28. 1980. Nr. 5. S. 1.
- Serge-Allain Rozenblum: Die aktuelle Rundfunkdiskussion in Frankreich. Eine Bilanz, in: Media Perspektiven. 1980. H. 2. S. 77-84.
- W(olfgang) S(cheunemann): "Radio 24" auf Null gebracht, in: Weltweit hören. Jg. 8. 1980. Nr. 2. S. 10-14.
- Hendrik Schmidt: Nachbetrachtung für Kommendes. Über Rundfunk- und Medienpolitik in den siebziger Jahren, in: Kirche und Rundfunk. 1980. Nr. 1. S. 1-4.
- Joachim Schmidt: Big Brother Jesus. Gedanken zum amerikanischen Phänomen der "Electronic Church", in: Kirche und Rundfunk. 1980. Nr. 9. S. 2-5.
- Michael Schmolke: Zeitungswissenschaft, Publizistik, Kommunikationswissenschaft. Die Entfaltung des Lehrangebots an den Universitäten Wien und Salzburg 1948-1978, in: Österreichisches Jahrbuch für Kommunikationswissenschaft. Bd. 1. 1979. S. 17-34.
- Norbert Schneider: Kein Mann von gestern. Zum Ende der Amtszeit von Martin Neuffer, in: Kirche und Rundfunk. 1980. Nr. 17. S. 1.
- Norbert Schöll: Der Adolf-Grimme-Preis. Ein Fernsehpreis und seine Wirkung, in: Fernsehforschung und Fernsehkritik. Göttingen 1980. S. 242-257.
- Werner Schwipps: Der deutsche Weltrundfunksender. (Mit 1 Abb.), in: DW Handbuch für internationalen Kurzwellenrundfunk 80. Berlin 1979. S. 88-94.

- Anthony Smith: Britain. The mysteries of a modus vivendi, in: Television and political life. Studies in six European countries. London, Basingstoke 1979. S. 1-40.
- Antoine de Tarlé: France. The monopoly that won't divide, in: Television and political life. Studies in six European countries. London, Basingstoke 1979. S. 41-75.
- Frank Okwu Ugboajah: Strukturprobleme der Medien in Afrika: Das Beispiel Nigeria, in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 28. 1980. Nr. 1. S. 40-55.
- 25 ans de télévision: les grandes dates, in: Radiodiffusion-Télévision Belge. Rapport d'activité 1978/79. S. 156-166.
- Günther Vogg, Willy Kögel, Bernd Schorb: Dreißig Jahre Institut Jugend Film Fernsehen, in: Medien und Erziehung. Jg. 23. 1979. Nr. 6. S. 339-343.
- (Kurt Wagenführ): Nur ein Nachwort zu Bredows 100. Geburtstag und ein Vorwort für später, in: Fernseh-Informationen. Jg. 30. 1979. H. 23/24. S. 559-560.
- Was ist von der Fernseherschule geblieben? (3 Beiträge. Mit Abb.), in: Betrifft: Erziehung. Jg. 13. 1980. H. 2. S. 20-35. Rupert Neudeck: Vom Niedergang der Vorschulerziehung im Fernsehen, Jürgen Barthelmes, Irene Herzberg: Fernseherschule und Kindergarten, Einstellungen von Erzieherinnen zur Fernseherziehung, Ergebnisse einer Umfrage.
- Hermann Wigbold: Holland. The shaky pillars of Hilversum, in: Television and political life. Studies in six European countries. London, Basingstoke 1979. S. 191-231.

BESPRECHUNGEN

Musik und Massenmedien

Im Juni 1977 fand im Saarländischen Rundfunk auf Anregung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte und organisiert von Professor Dr. Helmut Rösing, Kassel, ein Symposium statt, das sich mit der Problematik "Musik in den Massenmedien" auseinandersetzte. Daß dabei nur die akustischen und die visuellen Massenmedien Berücksichtigung fanden, liegt in der Natur der Sache, aber selbst bei einer solch spezifischen Verengung des Begriffs Massenmedien zeigte die Tagung eine Fülle von Fragen auf, die weiter zu erforschen sich lohnte. Vier Themenkreise waren ausgewählt und sind mit insgesamt 14 Referaten bedacht worden; mit diesen Schwerpunkten waren sowohl historische, pädagogische, ästhetische wie massenkommunikatorische und aktuell-programmgestalterische Aspekte des Problems "Musik in den Massenmedien" gut abgedeckt. Die Referate der Tagung liegen nun in der Druckfassung vor, herausgegeben von Helmut Rösing. (Symposium Musik und Massenmedien. München/Salzburg: Emil Katzbichler 1978. 148. S. 8⁰).

In der Themengruppe "Massenmedien und Musikpädagogik" untersucht als erster Günter Kleinen die Frage, wie weit ein Einsatz der Massenmedien in einem Musikunterricht, der den Alltag der Schüler (der eben von denselben Medien entscheidend geprägt ist!) sinnvoll sein könnte. Die konkreten Vorschläge, die Kleinen für Aktivierung der Schüler im Unterricht bringt, sind für Musikpädagogen diskussionswert. Einen ähnlichen aktivierenden Aspekt der Medien untersucht auch Ernst Klusen, diesmal nicht auf Schüler, sondern auf den musizierenden Laien bezogen. Auf einer ähnlichen Ebene macht sich H. Chr. Schmidt darüber Gedanken, wie eine verantwortungsbewußte Musikpädagogik die auditiven Erscheinungsformen der Musik in den optischen Medien Film und Fernsehen didaktisch für sich nutzbar machen könnte. Seine Überlegungen zur ästhetischen und dramaturgischen Funktion der Musik im Film und Fernsehen leiten bruchlos zum nächsten Themenkreis (Musik im Film und Fernsehen) über, in dem Wolfgang Ramsbott eine strukturell-formgebende bzw. dramaturgisch-ausdruckssteigernde Funktion der Musik im Film konstatiert. Peter Rocholl untersucht die Gestaltung von Musiksendungen im Fernsehen und reflektiert die vielfältigen Übergänge, die zwischen den beiden begrifflichen Kategorien Informationsfunktion und Impressionsfunktion der Musik durch die Arbeit in der täglichen Praxis entstehen. Der nächste Themenkreis (Der Einfluß der technischen Medien auf die Musik) setzt sich mit der allmählichen ästhetischen Substanzveränderung der Musik in den Massenmedien auseinander; Chr. H. Mahling bringt Beispiele zur mannigfachen "Aufbereitung" klassischer Musikwerke in der Schallplatten- und Unterhaltungsindustrie und überlegt Qualitätskategorien, die, an diese Bearbeitungspraxis angewandt, eine sinnvolle Neuschöpfung von müdem Abklatsch durchaus unterscheiden könnten. Peter Neumann beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit der Vermittlung außereuropäischer

Musik; die ambivalenten Seiten des Problems, die sich zwischen Verständnisförderung und gleichzeitiger Aushöhlung und Vermarktung außereuropäischer Musik in den Massenmedien zeigen, werden von ihm kritisch reflektiert. Neumanns Forderung nach verbalen Kommentaren, die auf die unvermeidlichen Substanzverluste dieser Musik in den Medien hinweisen sollten (Umstände, Funktionen und sozialer Umkreis außereuropäischer Musik sind technisch nicht vermittelbar!) sei den Programmgestaltern ans Herz gelegt. Um Funktionsnivellierung massenmedial dargebotener Musik geht es auch Helmut Rösing in seinem Referat.

Die Arbeiten des 4. Themenkreises (Musik im Hörfunkprogramm) sind teils empirisch, teils historisch orientiert. Josef Eckhardt und Winfried Pape gehen dem Problem nach, wie weit E-Musik-Hörer in der Gesamtbevölkerung tatsächlich eine echte Minderheit darstellen bzw. welche Musikarten von Jugendlichen bevorzugt gehört werden. Mit kulturkritischem Elan geht Manfred Wagner mit den Dritten (Service-) Programmen der Rundfunkanstalten ins Gericht und bescheinigt ihnen Tendenzen in die Richtung der Befestigung und Perpetuierung musikalischer Grundmuster minderer Qualität, denen im Sinne eines kulturpolitischen Auftrags entgegenzuwirken wäre. Siegfried Goslich zeichnet in seinem historisch orientierten Beitrag über Hörspielmusik die Entwicklung dieser Gattung von der Geräuschkulisse bis hin zur "grenzüberschreitenden Schallkunst" unserer Tage nach. Es ist schade, daß die Beiträge des Musicologen H. Kühn und des Komponisten Herbert Brün nur im Auszug bzw. in der Form von kurzen Aphorismen abgedruckt werden konnten.

Susanna Großmann-Vendrey